

Wöchentlich 70 Bl. monatlich 3,- P. in voraus zahlbar. Postbeleg 2,75 P. enthält Bestellgch. Zustellungsanmeldung 2,50 P. von Monat.

Der "Vorwärts" erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Überbrückungen für Berlin und im Ausland mit dem Titel "Der Abend", illustrierte Beilagen "Welt und Zeit" und "Abendrevue", "Berliner Arbeiterzeitung und Wägen", "Frauenstimme", "Schritt", "Wald in die Arbeiterwelt" und "Jugend-Vorwärts".

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
15. März 1928  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfrichtung des Vorwärts... (text continues)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 298-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37535 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volksk. 65 Diskontogesellschaft, Depositenkassa, Lindenstr. 3

## Ein Faschist in Paris ermordet.

Von einem Unbekannten erschossen.

Paris, 14. März.

Heute vormittag ist hier der italienische Faschist Savolieri von einem Unbekannten durch zwei Revolvergeschüsse in den Kopf getötet worden.

Savolieri war vor kurzem aus Italien zum Besuch seines Vaters nach Paris gekommen. Der Attentäter hat sich vor der Tat telefonisch von der Anwesenheit Savolieris in der Wohnung seines Freundes überzeugt. Nach der Darstellung Savolieris ist Savolieri in der Wohnungstür erschossen worden; er und sein ermordeter Freund hatten in

der letzten Zeit zahlreiche Drohbriefe von Antifaschisten erhalten. Von dem Mörder fehlt jede Spur. Er hat das Haus völlig unbemerkt verlassen können.

### Mussolinis Rache an Deutsch-Südtirol.

Mussolini hat 87 deutsche Beamte aus Südtirol in das Innere Italiens verlegt und ihre bisherigen Funktionen Faschisten aus Latsana und Benezen übertragen. In den Schulen von Bogen und Meran sind die deutschsprachigen Lehrbücher wieder eingezogen. Oesterreichische und reichsdeutsche Zeitungen werden an der Grenze zurückgehalten.

## Vorpostengefecht.

Vor dem Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie ist nicht beendet, sondern beginnt. Der Schiedsspruch über die Löhne der Werkzeugmacher setzt den Parteien eine Frist, um bis spätestens 30. Juni einen allgemeinen Lohnvertrag für die Facharbeiter und Angelernten der Berliner Metallindustrie abzuschließen.

Seit vier Jahren arbeiten diese Facharbeiter und Angelernten tariflos. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat sich dem Abschluß eines Tarifes stets widersetzt. Die außerordentliche Schwächung der Organisation als Folge des Zusammenbruchs der Kart und der Spaltung der Gewerkschaften durch die Kommunisten, hat den Unternehmern ihren Widerstand gegen den Abschluß eines Tarifes erleichtert.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat schließlich seine Kerntruppe vorgeschickt, die ausgezeichnet organisiert ist und gleichzeitig die Kerntruppe im Produktionsprozess der Metallindustrie bildet. Mit dieser Kerntruppe hat der Deutsche Metallarbeiterverband den Verband Berliner Metallindustrieller ein Vorpostengefecht geliefert, das keineswegs erfolglos geblieben ist.

Der Kampf ist nicht bis zu seiner letzten Konsequenz ausgetragen worden. Es sind aber bis zum Abschluß des allgemeinen Tarifes nicht die früheren Positionen bezogen worden, sondern der Deutsche Metallarbeiterverband hält gemonnenes Terrain besetzt.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hatte zu führen bekommen, daß er es mit einem Gegner zu tun hat, der nicht nur mit großem Geschick zu manövrieren versteht, sondern auch seine Kampftruppe absolut in der Hand hat. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß die Unternehmer sich zur wirtschaftlichen Vernunft wenigstens grundsätzlich befehlen haben. Die Unternehmer haben einen Gruppentarif abgeschlossen und sich verpflichtet, die Affordberechnung paritätisch zu regeln. Sie haben darüber hinaus sich verpflichtet, einen allgemeinen Facharbeitertarif abzuschließen.

Wie dieser Tarif in der Praxis aussehen wird, das wird wesentlich davon abhängen, ob die große Masse der Facharbeiter und Angelernten so fest zu ihrer Organisation stehen, wie es die Werkzeugmacher in dem nunmehr abgeschlossenen Vorpostengefecht getan haben.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Kampf der Werkzeugmacher ein Ruhmesblatt dieser Elitegruppe der Metallarbeiter. Es mag vielen unter den Werkzeugmachern eine erhebliche Selbstüberwindung gekostet haben, nicht gleichzeitig mit den Werkzeugmachern von Siemens und Bergmann in den Kampf zu treten. Auch als die zweite Gruppe vorgeschickt wurde, mußten die übrigen Werkzeugmacher trotz des Streikbeschlusses, der für alle Werkzeugmacher galt, entsprechend den Anordnungen der Streikleitung in der Arbeit verharren. Das Höchstmaß von Disziplin und gewerkschaftlicher Schulung wurde erreicht, als nach dem in materieller Beziehung unbefriedigenden Schiedsspruch die Verbindlichkeitsklärung folgte und der Streik abgebrochen wurde.

Die Werkzeugmacher haben begriffen, daß es sich hier um mehr als die Festsetzung ausreichender Löhne von 4000 Spezialisten handelt. Daß hier ein Kampf auf lange Sicht geführt wird. Die Werkzeugmacher haben deshalb alle Einmischungsversuche der K.P.D. glatt abgewiesen.

Auch unter diesem Gesichtspunkt ist der Kampf der Werkzeugmacher sehr aufschlussreich. Die K.P.D. hat die größten Anstrengungen gemacht, um Verwirrung in den Reihen der Arbeiter zu stiften und sich der Leitung des Kampfes zu bemächtigen. Noch am Dienstag gab die "Rote Fahne" die Parole aus, daß der Kampf überall fortgesetzt werden müsse und die Arbeit nirgends aufgenommen werden dürfe. In keinem einzigen Betrieb, auch nicht in den Betrieben, wo bisher der Einfluß der K.P.D. vorherrschend war, ist diese Parole befolgt worden oder auch nur ein Versuch von den eingeschriebenen Mitgliedern der K.P.D. unternommen worden, sie durchzuführen.

Der Kampf der Werkzeugmacher hat nicht nur bewiesen, daß die gewerkschaftliche Organisation selbst eine so mächtige Scharfmachergruppe wie den B.M.A. in die Kneifzange zu nehmen versteht, es ist auch der schlagende Beweis geliefert worden, daß der Einfluß der K.P.D. im Ernstfall keinen Schaden mehr zu stiften vermag.

Es gibt wohl immer noch Arbeiter, die jederzeit bereit sind, für irgendeine revolutionäre klingende Entschliebung zu stimmen, die von der K.P.D. geliefert worden ist. Aber diese Arbeiter, die für solche Resolutionen stimmen, wissen im Grunde, daß man mit Resolutionen keine Revolution macht, und daß man damit den Unternehmern gewiß nicht imponiert. Das Handaushaken ist in einem solchen Falle nur eine Gefühlsache. Wenn es zum Kampfe kommt, wenn es hart auf hart geht, dann kann die kommunistische Presse schreiben, was sie will, dann kann die

## Für Cupen-Malmedy.

Ein belgischer Sozialist fordert im Senat neue Volksabstimmung.

Brüssel, 14. März (Eigenbericht).

Der Senat verliert eine Interpellation des katholischen Senators Eiler, des einzigen früheren reichsdeutschen, jetzt belgischen Parlamentariers. Eiler sprach französisch über die Klagen der Bevölkerung des neubelgischen Gebiets Cupen-Malmedy. Schwierigkeiten des Grenzverkehrs, mangelhafter Unterricht in der deutschen Muttersprache, mangelhafte deutsche Sprachkenntnis der Richter usw. Ueber die entscheidende Frage der Zukunft des neubelgischen Gebietes, eine etwaige neue Volksabstimmung, über die Zugehörigkeit der beiden Kantone hatte aber dieser einzige deutsche Vertreter im belgischen Parlament kein Wort zu sagen.

Das tat an seiner Stelle der sozialistische belgische Senator Budaert, der das Recht der neubelgischen Bevölkerung auf die Selbstbestimmung geltend machte und endlich eine wirkliche Volksabstimmung forderte. Er geißelte das Verhalten Eilers, dessen Partei und Presse Volksabstimmung zu empfehlen vorgibt, der aber im Parlament augenscheinlich die Gebietsfrage als endgültig geregelt anerkennt. — Ministerpräsident Dajpar sollte der Wählung seines katholischen Parteifreundes hohes Lob und versprach wohlwollende Prüfung seiner Klagen. Auf den Angriff Budaerts aber erwiderte er, daß von einer Nachprüfung der Frage der Volksabstimmung keine Rede sein könne. Das Schicksal der angegliederten Gebiete sei dem Friedensvertrag gemäß endgültig geregelt.

Ihm antwortete Genosse de Brouckere, der wohl zugab, daß eine zufriedenstellende Lösung der Fragen augenblicklich nicht leicht wäre und insbesondere auch auf Widerstände internationalen Charakters stoßen würde. Er bestritt aber entschieden, daß die Streiffrage als endgültig geregelt betrachtet werden könne. Das werde nur möglich sein, wenn eine Lösung getroffen wird, der die Bevölkerung freiwillig zustimmen könne.

## Agrariersturm in Frankreich gescheitert.

Sie wollten keine Sozialversicherung.

Paris, 14. März (Eigenbericht).

Die Offensiv der französischen Großagrarier gegen das Sozialversicherungsgezet ist in der Kammer schmachlich zusammengebrochen. Ihr Antrag, die Landwirtschaft von dem Gesetz auszunehmen, wurde mit 375 gegen 125 Stimmen abgelehnt, nachdem der Landwirtschaftsminister die demagogischen Argumente von einer schweren Krise in der Landwirtschaft entkräftet hatte. Damit ist die Annahme des Sozialversicherungsgezetes erfolgt. In Wirklichkeit tritt es jedoch erst am 4. Januar 1930, so daß das endgültige Schicksal der seit acht Jahren betriebenen Reform noch von dem Ausfall der Kammerwahlen abhängt.

## Lothringen gegen Elsaß!

Protesttelegramm des Reichs Gemeinderats an Poincaré. Streikbeschluss der lothringischen Abgeordneten.

1. Straßburg, 14. März (Eigenbericht).

Das "elfässische Unbehagen" hat eine neue Wüte erlitten, diesmal in Lothringen, von dem sonst weniger Klagen gegen das Reichsregime zu hören sind. Man vernahm dort zwar oft die Forderung nach Wiederherstellung der Reichs Berufungskammer für Lothringen, die man bei der Annexion dem Kolmarer Oberlandesgericht einverleibt hatte. Ein bereits von zwei parlamentarischen Ausschüssen genehmigter Entwurf, der eine Kammer des Kolmarer Gerichts nach Lothringen zurückverlagern und Karncy unterstellen wollte, kam diesen Wünschen auch entgegen, aber der Ausschuss für Elsaß-Lothringen verwarf mit den Stimmen der elfässischen Abgeordneten diesen Entwurf, der das Berufungsverfahren im Gegensatz zu dem Vorverfahren in Lothringen unter französisches Recht gestellt hätte. Die Erregung, die diese Ablehnung in Lothringen, besonders aber in dessen Hauptstadt Metz auslöste, war ebenso unerwartet wie unbeschreiblich. Protestversammlungen wurden lange gehalten, und — das ist das Bezeichnendste — der Reichs Gemeinderat sandte an Poincaré folgendes Telegramm ab:

„Reichs Gemeinderat macht sich zum Sprachrohr der Enttäuschung der jede Gewalt ablehnenden, aber sich ihrer Rechte und Pflichten bewußten lothringischen Bevölkerung. Er stellt fest, daß Eiferfahrungen mit Argumenten des „Unbehagens“ im Parlament besseren Erfolg hat als patriotische Gebude. Er drückt Unzufriedenheit aus über Nichtanerkennung der von Reich und vom Reichsdepartement allzu lange gemachten Opfer und über das Andauern einer Verkennung der Gerechtigkeit und von Bismarcks geschaffenen Situation. (1) Er benachrichtigt die Regierung, daß er nur der Bevölkerung recht geben kann, die vom Generalrat der Kolse und von den Gemeinderäten verlangt, Kredite zu verweigern für jede Einrichtuna, an denen das Elsaß profitiert. (2) Er teilt mit, daß er die lothringischen Abgeordneten anfordert, die Kammer zu verlassen und zur angewandten Bevölkerung zurückzukehren. (3) —“

Die Abgeordneten Lothringens — lauter Alerikale —, die nämlich der dem Gemeinderatsbeschluss vorangegangenen Protestversammlung beiwohnten, in der diese Forderung aufgestellt wurde, werden ihr zweifelloes Folge leisten, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß das Leben der französischen Kammer höchstens noch acht Tage währt.

Längermehrende Bedeutung haben dürfte aber der scharf antisässische Ton dieses lothringischen Telegramms, zu dem der Rühauener sozialistische „Republikaner“ ironisch bemerkt:

„Die harmonische Mühte sich doch in einem autonomen Elsaß-Lothringen das Zusammenarbeiten der durch gemeinsame Traditionen und Erinnerungen (seit 1871) verbundenen Provinzen gestalten!“

Auch die anderen Elsaßer Blätter — soweit sie antiklerikal und antiautononistisch sind — haben in die gleiche Kerbe.

Man darf gespannt sein, welche Antwort Poincaré diesem Telegramm zuteil werden läßt.

## Nationalistische Studentenroheit.

Brüssel, 14. März (Eigenbericht).

Gegen einen Vortrag des demokratischen Reichstagsabgeordneten Bergsträßer in Brüssel über die deutsch-französische Annäherung verühten nationalstische Studenten bösestolischen Reden, ja sie schlugen sogar auf die Passanten ein — genau so wie die Hakenkreuzler in der Kölner Dübde-Versammlung.

Batrefel, 14. März.

An der König-Karol-Stiftung versuchten vor Beginn einer Vorlesung antisässische Studenten zwei jüdische Hörer am Betreten des Saales zu hindern. Es kam dabei zu einem Tumult. Die vier Anführer werden den Justizbehörden zugeführt werden. Der Dekan der juristischen Fakultät ließ mitteilen, daß der Unterrichtsminister entschlossen ist, beim ersten weiteren Zwischenfall die Fakultät für den Rest des Jahres zu schließen, so daß die Studenten das Recht auf das Examen verlieren.



KPD. die unglaublichen Parolen ausgeben, kein Mensch, auch nicht die eingeschriebenen Mitglieder der KPD., richten sich danach.

Das haben alle Kämpfe der letzten Monate sehr klar erwiesen. Das hat sich in dem Kampf in der Schwerindustrie gezeigt, das hat sich im Kampf der Metallindustrie und im Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland gezeigt, und das hat sich jetzt wieder erwiesen in der Berliner Metallindustrie. In allen diesen Gebieten und Industriegruppen hat die KPD. einmal eine vorherrschende Stellung eingenommen. Auch heute hat sie dort noch von dem, was von der KPD. übrig geblieben ist, ihre Haupttruppen.

Am Ausgang der Inflation hat es sich die KPD. in diesen Industriezentren leisten können Generalstreiks zu organisieren. Damals wurden auch auf Geheiß der KPD. die gewerkschaftlichen Mitgliedsbücher zerrissen. Damals konnte auch der B.M.D. es ablehnen, einen allgemeinen Facharbeiterarif abzuschließen.

Die Zeiten haben sich geändert. Das müssen zu ihrem Leidwesen B.M.D. und KPD. nach dem Abbruch des Kampfes der Werkzeugmacher feststellen. Und darum war dieser Kampf nur ein Vorpfeilgefecht. Darum stehen wir nicht am Ende, sondern am Anfang des Kampfes in der Berliner Metallindustrie.

Die Situation ist heute eine andere als vor vier Jahren. Sie ist anders in gewerkschaftlicher Beziehung, sie ist aber auch anders, ganz anders in wirtschaftlicher Beziehung. Die Kunst der Unternehmer, Gewinne zu verbergen, ist gewiß groß. Sie ist aber nicht groß genug, um der Arbeiterchaft und der Öffentlichkeit vorzumachen, daß diese Gewinne nicht groß genug wären, um der Arbeiterchaft, ganz besonders in der Berliner Metallindustrie eine bessere Existenzmöglichkeit zu gewähren. Die Metallarbeiterchaft hat ein Anrecht, für ihre gesteigerte Leistung einen gesteigerten und tariflich sichergestellt Lohn zu bekommen. Dieses Recht kann die Arbeiterchaft durch eine starke und disziplinierte Organisation geltend machen. Das hat der Kampf der Werkzeugmacher gezeigt, der nur der Auftakt für den großen Kampf in der Metallindustrie war.

## Das Urteil im Landesverratsprozeß.

Neun Monate Festung für beide Angeklagte.

Leipzig, 14. März.

Im Landesverratsprozeß Solomon-Rüster ist durch den Senatpräsidenten heute folgendes Urteil bekanntgegeben worden: Wegen verurteilten Landesverrats gemäß § 92 Absatz 1 und § 43 des Reichsstrafgesetzbuches werden beide Angeklagten zu je neun Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Exemplare der Nr. 30 der in Hagen erscheinenden Wochenzeitung „Das andere Deutschland“ vom 25. Juli 1925 sind unbrauchbar zu machen.

Die Auslandspresse hat gestern Abend aus Deutschland zwei Meldungen erhalten, die sie gewiß interessieren werden: die Rede des Reichswehrministers Groener im Reichstag und das Urteil über die beiden „Landesverräter“ Rüster und Jacob Salomon in Leipzig.

Sicher hätte es im Interesse Deutschlands gelegen, wenn die Rede Groeners alle in die Welt hätte hinausgehen können, denn sie berechtigt zu der Erwartung, daß in Zukunft für den künftigen Unfug „gehobener Rüstungen“ in Deutschland kein Raum mehr sein wird. Herr Groener wird als Fachmann zu beurteilen wissen, was durch solche militärische Pubertätsphantasien für die Wehrkraft des Landes gewonnen wird, nämlich weniger als nichts. Desto größer aber ist der politische Schaden den sie anrichten.

Die nützliche Wirkung der Rede Groeners wird durch das Leipziger Urteil zum guten Teil wieder aufgehoben. Politisch denkende Menschen stehen dieser Verhandlung und diesem Urteil geradezu fassungslos gegenüber. Eine angebliche Zeitfreiwilligen-Angelegenheit, die vor drei Jahren gespielt hat und die längst vergessen war, wird noch einmal an allen Straßenecken der Welt platziert. Der Prozeß endet mit der Beurteilung der beiden Angeklagten zu einer Ehrenhaft von neun Monaten, also mit der Anerkennung, daß sich die Beurteilten keineswegs von unehrenhaften Routinen leiten lassen. Eine gemeine, verächtliche Handlungsweise, als welche man sich früher einmal den Landesverrat vorgestellt hat, liegt nicht vor. Wozu also überhaupt dieser Prozeß und dieses Urteil? Etwa bloß, um der Nationalistenpresse des Auslandes Gelegenheit zu der Behauptung zu geben, in Deutschland gingen insgeheim noch schreckliche Dinge vor und ihre Aufdeckung werde durch die Drohung mit dem Strafgesetzwort unterdrückt?

Herr Groener versichert, daß er die Absicht hat, mit den Rüstständen in der Reichswehr aufzuräumen. Dann muß er auch mit dem Unfug aufhören, daß sich die Reichswehr durch das Vorziehen geheim zu haltender „vaterländischer Belange“ vor unbecommener Kritik zu schützen verliert. Keine „Einhüllung“ kann soviel Schaden anrichten wie das Entstehen der Vorstellung, daß berechtigte Kritik durch die Drohung mit dem Strafgesetzwort unterdrückt wird. Möge darum das letzte Leipziger Urteil wirklich das letzte seiner Art gewesen sein. Schluß mit der Seuche der politischen Landesverratsprozesse!

## Sehe.

Am 7. September 1926 wurde gegen den Regierungspräsidenten Götzner ein Reineidverfahren eingeleitet, das am 9. Mai vorigen Jahres eingestellt wurde. Ein deutsch-nationaler Bundestagsabgeordneter führte in einer kleinen Anfrage aus, gegen diesen einseitigen Beschluß sei am 19. Mai Beschwerde eingeleitet worden; er fragte das Staatsministerium nach dem Stande des Verfahrens. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der preussische Minister des Innern die Anfrage folgendermaßen:

„Die Beschwerde vom 19. Mai 1927 über die Einstellung des Reineidverfahrens gegen den Regierungspräsidenten Dr. Götzner ist inzwischen zurückgewiesen worden.“

Mit dieser Zurückweisung der Beschwerde ist wiederum einer der nicht mehr seltenen Versuche zusammengewaschen, republikanische Beamte durch unbegründete Anzeigen, deren Gestalt auch noch geistlichlich verbreitet wird, vor der Öffentlichkeit herabzuwürdigen, um auf diese Weise den Kampf gegen den republikanischen Staat und insbesondere gegen die republikanische preussische Staatsregierung zu führen. Derartige Treibereien kennzeichnen lediglich die Angreifer.“

# Die Verhandlungen mit Rußland.

## Sozialdemokratische Fragestellung im Reichstagsauschuß.

Vor genau 4 Wochen begannen in Berlin die Wirtschaftsverhandlungen mit Sowjetrußland. Ein Abschluß dieser Erörterungen ist aber noch nicht abzusehen, es sei denn, daß ihnen sehr durch das bekannte Vorgehen gegen Angestellte deutscher Firmen ein vorzeitiges Ende bereitet wird.

Den Verhandlungen gingen allgemeine Besprechungen voran, aus denen bekanntgemacht ist, daß dabei Sowjetrußland außerordentlich weitgehende Kreditwünsche vorgebracht hat. Diese Wünsche sind auf Ablehnung gestoßen. Die Sowjetrußen haben darauf in der Moskauer Presse wiederholt erklärt, daß es sich bei den Verhandlungen nur um eine Auseinandersetzung über beiderseitige Wünsche in bezug auf den Wirtschaftsverkehr handle, aber nicht um russische Bittgesuche nach Krediten oder ähnlichem. Mit anderen Worten: man machte plötzlich gute Miene zum bösen Spiel und stellte sich so, als habe man niemals andere Hoffnungen auf diese Besprechungen gesetzt.

Die eigentliche Anregung zu diesen Besprechungen hat vor Monaten Deutschland gegeben und zwar deshalb, weil

Die deutschen Kredite an die Sowjetunion nicht die erwartete Belebung der deutschen Ausfuhr nach Sowjetrußland gebracht haben.

und auch die Handhabung des Handelsvertrags überwiegend zugunsten der Sowjetrußen, aber nicht im gleichen Maße zu-

gunsten der deutschen Wirtschaft wirkte. Es zeigte sich bald, daß man in grundlegenden Fragen überhaupt von verschiedenen Voraussetzungen ausging, beispielsweise selbst bei solchen Grundfragen wie der Aus- und Einfuhrstatistik. Die Arbeiten wurden deshalb auf 3 Haupt- und 6 Unterkommissionen verteilt. Sie sollen in erster Linie die sachlichen Fragen klären und versuchen, eine Übereinstimmung über die strittigen Fragen herbeizuführen. Ueber das materielle Ergebnis dieser Arbeiten ist zwar bisher nichts Näheres bekanntgeworden; es hat jedoch den Anschein, als sei man von einem Abschluß der Erörterungen noch ziemlich weit entfernt.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird in den nächsten Tagen einen Bericht über die letzte Tagung des Völkerbundesratrates entgegennehmen. Auf Wunsch der Sozialdemokratie soll die Tagesordnung um einen weiteren Punkt, den „gegenwärtigen Stand der deutsch-russischen Verhandlungen“ ergänzt werden.

## Neue Verhaftungen im Donezbecken.

Auf Anordnung Zubnows sind im Donezbecken neue Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Leiter des chemischen Trusts im Donezbecken. Die Verhaftung wird damit begründet, daß die Trustverwaltung die Werke missentlich falsch geleitet habe.

# 130 Millionen für Preußentasse.

## Ein grundlegendes Reformgesetz.

Das preussische Staatsministerium hat dem vom Finanzminister vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Preussische Zentralgenossenschaftskasse und über eine Erhöhung der Kapitalbeteiligung des preussischen Staates zugestimmt. Die Kapitalbeteiligung des preussischen Staates bei der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse wird von 45 Millionen Mark auf 130 Millionen Mark auf 175 Millionen Mark erhöht. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse wird gleichzeitig zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gestaltet, deren Träger die Genossenschaften und der Staat sind.

Der Gesetzentwurf ist gestern dem preussischen Staatsrat vorgegangen und soll noch bis zur Auflösung des Landtages auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung verabschiedet werden. Der Amtliche Preussische Pressedienst begründet diese auch für die Lösung der gegenwärtigen Agrarfrage höchst bedeutsame Aktion zunächst mit der Tatsache, daß für die von der Preußentasse gewährten 900 Millionen Mark das gegenwärtige Kapital nur 60 Millionen Mark viel zu niedrig ist. Ein erheblicher Teil des Eigenkapitals sei (wie bei der Raiffeisen-Bank mit 40 Millionen

Mark) in langfristigen Krediten auf unabsehbare Zeit festgelegt. Die Forderungen an die Genossenschaften seien mehr oder weniger eingefroren. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Preußentasse die gewährten Kredite zu einem erheblichen Teil aus dem freien Geldmarkt und bei der Reichsbank entnehmen müsse, daß auf der anderen Seite die Reichsbank eine Garantie für die Langfristigkeit der Reichsbankgelder nicht übernommen habe, hält das preussische Staatsministerium eine Erhöhung um 130 Millionen für notwendig, aber auch für ausreichend. Das Staatsministerium ist bereit, das Reich und die Länder an dieser Kapitalerhöhung zu beteiligen und ihnen einen entsprechenden Einfluß einzuräumen.

In ihrer jetzigen Gestalt sei die Preußentasse den ihr gestellten Aufgaben nicht mehr gewachsen. Um auch organisatorisch aller Schwierigkeiten Herr zu werden, sei für die Preußentasse eine Umgestaltung nach kaufmännischen Grundsätzen für die Behandlung der Geschäfte unabweislich. Die Aufrechterhaltung des Haushaltsplanes sei damit unverzichtbar, und erforderlich sei weiter, daß der Angestelltenapparat vom Beamten in das freie Dienstvertragsverhältnis übergeführt werden müsse, eine Regelung, die auch für das Direktorium erfolgen werde.

Es kommen auf diese hochbedeutende Reform der Preußentasse, die an den selbsterneuerten von Riquet der Preußentasse gestellten Aufgaben nichts ändert, ausführlich zurück.

## Landbundschwindel.

Der Präsident des Landesfinanzamts Brandenburg hat der Berliner Rechtsprelle das folgende Schreiben zugehen lassen:

„Ueber Massendemonstrationen märkischer Bauern ist vom Reichslandbund in verschiedenen Zeitungen eine Mitteilung veröffentlicht worden, nach der Ausdehnungen von Teilnehmern an dem Demonstrationenzug in April darauf zurückgeführt werden, daß der Vorsteher des Finanzamts trotz Aufforderung sich nicht habe sprechen lassen und unsichtbar geblieben sei, und daß deshalb ein großer Teil der Fenster Scheiben des Finanzamts zertrümmert sei und daß erst durch das Eingreifen des Landrats die Menge zum Abzug bewogen worden sei.“

Gegenüber diesem Verleumdung, die Schuld an dem Vorkommnisse in April auf den Finanzamtsvorsteher abzuschieben, ist folgendes festzustellen:

1. Der Vorsteher des Finanzamts hat in seinem Dienstzimmer eine Deputation von 15 Herren des Landbundes und des Schutzbundes für Handel und Industrie empfangen. Die Verhandlung verlief durchaus ruhig und sachlich.

2. Nachdem die Deputation den Finanzamtsvorsteher verlassen hatte, erschienen einige Mitglieder der Deputation nochmals beim Finanzamtsvorsteher und forderten ihn auf, mit seinen sämtlichen Beamten vor dem Finanzamts-Dienstgebäude zu erscheinen. Diese Forderung hat der Finanzamtsvorsteher abgelehnt.

3. Bereits vor dem Empfang der Deputation wurden durch Steinwürfe eine Fensterscheibe sowie der an dem Gebäude befindliche Reichshof zertrümmert. Nach dem Empfang wurden weitere rund 70 Fensterscheiben zertrümmert.

4. Schließlich haben der Landrat und der Vorsteher des Finanzamts gemeinsam in der Absicht, die Menge zu beruhigen, an diese von der Tür des Finanzamts aus eine kurze Ansprache gerichtet.

Die Darstellung des Reichslandbundes ist somit zum Teil unrichtig, zum Teil irreführend. Hiernach habe ich gegen das Verhalten des Finanzamtsvorstehers nichts zu erinnern.“

## Wer provoziert?

Die „Kreuzzeitung“, das Organ, das die Staatsautorität im Rande führt, schrieb nach den Kryniger Vorfällen:

„Es ist den Bauern erst. So groß wie die Not, ist ihre Erregung. Und wenn sich, wie seinerzeit der preussische Landwirtschaftsminister, in Krynitz der Finanzamtsleiter verleugnen ließ und dadurch erreichte, daß von der erregten Menge Fensterscheiben des Finanzamts zertrümmert wurden, so trifft die Schuld daran nur den, der durch die Belagerung, die Bauern anzuhörten, ihre Erregung bis zur Stechigkeit provokatorisch gesteigert hat.“

Mit der Umwälzung der Verantwortung auf den Finanzamtsleiter ist es nichts. Wer hat also die Erregung der Bauern provokatorisch bis zur Stechigkeit gesteigert? Die Landbundsleiter,

die den Finanzamtsleiter mit sämtlichen Beamten Krauen stehen lassen wollten, und mit ihnen Blätter vom Schlage der „Kreuzzeitung“.

## Gegen frondierende Kreisblätter.

Die preussische Regierung beseitigt die monarchistischen Kreisblätter!

Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin machte dem Regierungspräsidenten in Arnberg am 8. Oktober 1927 darauf aufmerksam, daß die „Dortmunder Zeitung“ (das amtliche Kreisblatt des Landkreises Dortmund) am 21. September 1927 einen scharfen Vorstoß gegen die preussische Regierung wegen ihres Eintretens für die Reichsflagge unternahm. Das Blatt schrieb unter anderem folgendes:

„Es ist erfreulich, daß die Hoteffers auch angesichts des wirtschaftlichen Notstands nicht zu Kreuze kriechen und am 2. Oktober doch noch die schwarzweißrote Fahne zeigen. Wenn daneben auch die schwarzrotgoldene geflitzt werden soll, so haben die wackelnden Republikaner wirklich keine Ursache, darüber besonders zu triumphieren, denn so lange die neuen Reichsfarben nicht ganz und freudig vom Privatmann gezeigt werden, sind sie nicht populär. Der Streik um die Staatsform hätte längst keine gegenwärtige Schärfe verlieren, wenn in Weimar nicht der leidige Flaggenwechsel vorgenommen worden wäre.“

Darauf hat der Regierungspräsident König in Arnberg den Vorfall an das Ministerium des Innern berichtet, und es ist nunmehr unter dem 9. März 1928 folgende Entscheidung ergangen, die sämtliche Kreisblätter des Regierungsbezirks Arnberg beseitigt:

„Auf Vorschlag hat der Herr Minister des Innern unterm 1. März 1928 genehmigt, daß ab 1. April 1928 das Regierungsamtblatt als ein einheitliches Veröffentlichungsorgan für sämtliche mir unterstellten staatlichen Behörden und Dienststellen zu gelten hat. In Vertretung: gez. Dr. Hüfner.“

## Phoebus-Untersuchung beginnt.

Der 15gliedrige Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstages begann heute die Besprechung der Phoebus-Denkschrift. Der Ausschuß beschloß, die Beratungen für „nicht öffentlich“ zu erklären, um der Regierung Gelegenheit zu geben, alle bis ins einzelne gehenden Auskünfte zu geben. Am Schluß der Beratungen im Unterausschuß wird ein zusammenfassendes Protokoll aufgestellt werden, das dem Haushaltsausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird.

Das Parlament von Maragua hat mit 22 gegen 16 Stimmen einen Gesetzentwurf verworfen, welcher den Vereinigten Staaten das Recht verliehen sollte, die kommende Präsidentenwahl in Maragua zu „überwachen“.



# Die Ehescheidungsreform.

Antrag Kahl vom Rechtsausschuss angenommen. — Jetzt hat das Reichstagsplenum das Wort.

Der Rechtsausschuss des Reichstages legte gestern die Beratung des zur Ehescheidungsreform gestellten Antrages Dr. Kahl, Hampe, Dr. Lüders, Dr. Rosenfeld fort. Zunächst erüppeln sich eine lebhafteste Debatte über den Absatz 3 des § 1568 u. nach welchem auf Scheidung geklagt werden kann, wenn die Ehegatten mindestens fünf Jahre voneinander getrennt gelebt haben. Genosse Landsberg trat für diesen Antrag ein. Die Volksparteier ließen aber diese Bestimmung fallen und infolgedessen wurde sie gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Angenommen wurde die weitere Bestimmung, daß die Scheidung im Falle der Zerrüttung der Ehe erst ausgesprochen wird, wenn die Ehegatten sich über ihre gegenseitige Unterhaltspflicht und über die Sorge für die gemeinsamen Kinder geeinigt haben. Kommt die Vereinbarung nicht zustande, so wird die Regelung durch das Urteil ersetzt.

Der Ausschuss beriet alsdann den deutschnationalen Antrag, nach welchem eine Scheidung nur ausgesprochen werden darf, wenn die Ehe mindestens drei Jahre bestanden hat, wenn sie kinderlos ist oder die Kinder das 18. Lebensjahr erreicht haben, wenn die Ehefrau das 41. Lebensjahr oder der Ehemann das 60. Lebensjahr überschritten hat. Für diesen Antrag stimmten nur die Deutschnationalen und das Zentrum, er war damit abgelehnt.

Ferner beschloß der Ausschuss, daß ein Ehegatte auf Scheidung klagen kann, wenn durch eine Geisteskrankheit des anderen Ehegatten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugewendet werden kann. Ein einschränkender Antrag, nach welchem die Ehescheidung ausgeschlossen sein soll, wenn die Geisteskrankheit nur eine vorübergehende ist, wurde auf Widerspruch des Genossen Rosenfeld abgelehnt.

Schließlich beriet der Ausschuss die Frage der Unterhaltspflicht der Ehegatten nach der Scheidung. Die hierzu vorliegenden Anträge wurden abgelehnt.

Damit hat der Rechtsausschuss die Beratungen der Ehescheidungsreform beendet. Die Beschlüsse des Ausschusses gehen nunmehr an das Plenum und es wird Sache der sozialdemokratischen Fraktion sein, dafür zu sorgen, daß der jetzige Reichstag die Ehescheidungsreform verabschiedet.

Entsprechen die jetzt angenommenen Anträge auch bei weitem nicht der von der Sozialdemokratischen Partei beantragten Ehescheidungsreform, so würde bei Annahme der Anträge doch immerhin ein kleiner Fortschritt erzielt sein. Schon gegen die jetzt beschlossenen Formulierungen laufen die Deutschnationalen und das Zentrum Sturm, und es ist bezeichnend, daß der deutschnational Abgeordnete von Freytag-Loringhoven der Deutschen Volkspartei schon bei dieser geringen Abänderung der Ehescheidungsbestimmungen den Vorwurf des Ehebolshewismus gemacht hat.

# Um die Erhöhung der Invalidenrente.

Keine Einigung im sozialpolitischen Ausschuss.

Der sozialpolitische Ausschuss behandelte am Dienstag und Mittwoch den Gesetzentwurf über die Rentenänderungen in der Invaliden- und Altersrentenversicherung.

Die bürgerlichen Parteien wollten nun einer weiteren Rentenerhöhung nicht zustimmen. Das Zentrum erklärte allerdings, allen weitgehenden Anträgen, abgesehen von den Anträgen der Kommunisten, zuzustimmen. Eine solche Mehrheit gefährdete allerdings das Reformprogramm.

Nachdem die bürgerlichen Parteien zu weiteren Zugeständnissen nicht zu bewegen waren, wurde die Beschlussfassung auf Donnerstag vertagt.

# Polens neues Parlament.

Der uneinheitsliche Regierungsbund.

Dem Regierungsbund in Polen, für den Lector und Schwandke im höchsten Maß eingesetzt wurden, sind im Sejm 135 von insgesamt 444 Mandaten zugefallen, im Senat 33 von 111. Während im Sejm andere Parteien sich dem Regierungsbund zugehörig mäßigten, um eine Mehrheit für die Regierung zu schaffen, genügt im Senat einige wenige Stimmen dazu. Unter den Minderheitsfraktionen haben die Deutschen besonders gut abgeschnitten. Sie haben im Sejm insgesamt 19 (bzw. 4 Sozialisten) gegen vorher 17 Mandate erreicht, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß bei den vorigen Wahlen zahlreiche Deutsche das Land verlassen haben und daß auf der Staatsliste, die 72 Sitze verteilt, infolge eines Rückganges der übrigen Minderheiten, mit denen voriges Mal eine Listenverbindung bestand, diesmal zwei deutsche Mandate eingestrichen wurden. Sowohl in Polen wie in Pommern ist eine Verdoppelung bzw. Verdreifachung der deutschen Mandate eingetreten. Im Senat bleibt der Befehlstand der Deutschen mit 5 unverändert; ein Mandat in Oberschlesien wurde verloren, ein anderes in Pommern hinzugewonnen.

Der Regierungsbund hat sich nicht auf ein Programm, auf eine bestimmte Weltanschauung, auf bestimmte Interessen hin zu einem Machtfaktor entwickelt, sondern ausschließlich auf die Person Pilsudski's, in seinen Reihen finden sich die verschiedensten Elemente, von weit links stehenden Intellektuellen, Arbeitern und Bauern bis zum abligen Großgrundbesitz. Wie leicht wird in der praktischen Arbeit dieser Wahlblock sich in mehrere Fraktionen aufteilen, vielleicht werden auch Angehörige anderer Parteien im weiteren Verlauf Verbindungen mit diesen Fraktionen aufnehmen, wobei es nur fraglich ist, ob die Linke des Regierungsbunds zu der parteimäßigen Linke, die im Sejm über 120, im Senat über 18 Mandate verfügt, hinübergelagert wird oder diese für die Regierung gewinnt. Das wird alles von dem künftigen Kurs der Regierung Pilsudski abhängen und es wird dabei auch wesentlich sein, wie sie sich zu den rund 90 Minderheitenvertretern stellt, unter denen den Deutschen eine wichtige Rolle zufällt.

Gegen die Schwandkeiten und Einschüchterungen in Westpolen wie in den Ostgebieten sind bereits verschiedene Wahlproteste angemeldet.

In Krakau wurde auf der Straße der ehemalige sozialistische Sejmabgeordnete Wolgast verhaftet. Er wird wegen einer Versammlungsrede, die er noch als Abgeordneter gehalten hat, angeklagt.

Der frühere polnische Ministerpräsident Skymiski ist als Dritter in das Schiedsgericht zwischen Peru und Chile berufen worden.

# Münchener Justiz.

Zgl. die Feststellungen im bayerischen Untersuchungsausschuss über die Rißhandlung der südlichen Ostsee.



„Selbstverständlich fehlt bei diesen Taten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit!“

# Sozialdemokratie und Reichswehr.

„Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr; unser Kampf geht um die Reichswehr!“

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsjagung stand der Reichswehr. Nach einer Programmrede des Reichswehrministers Groener nahm Genosse Künzler das Wort zu folgenden Ausführungen:

Der Reichswehrrat verfährt auch heute noch viel zu große Summen. Ohne die Schatzkraft und den militärischen Wert der Reichswehr zu schädigen, könnten die von der Sozialdemokratie verlangten Einsparstriche von ungefähr 50 Millionen vorgekommen werden. Zu bemängeln ist, daß das Reichswehrministerium auch in diesem Jahre nicht auf Bauhaushemilligungen verzichtet hat. Da alle diese Mittel übertragbar sind und so für die nächsten Jahre eventuell zur Verfügung stehen, kann man sich ein Bild von der finanziellen Manövrierfähigkeit machen, die die Herrschaft von der Reichswehr in die Hand bekommen. Das Reichswehrministerium hat Jahre hindurch unerschrocken aus dem Vollen schöpfen können. Dafür spricht die eine Tatsache, daß aus übertragbaren Fonds der Heer- und Marine in 1927 Rekrutungen von insgesamt 90 Millionen Mark übernommen wurden. Der Berichterstatter des Reichsrats hat darauf verwiesen,

daß die Ausgaben für die Reichswehr 33 Proz. der tatsächlichen Ausgaben des Deutschen Reichs betragen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das alles vertritt sich nicht mit der Sparfameleispolitik, die als unbedingt notwendig verkannt wird. Unsere sozialpolitischen Anträge wie auch unser Antrag, für Zweite der Rinderpeilung fünf Millionen bereitzustellen, wurden abgelehnt. Demgegenüber wird es aufreißend, wenn auf der anderen Seite ein Reichswehretat von Millionen bewilligt wird.

es wirkt ansehnlich, wenn die Senkungen bei sozialen Ausgaben 45 Proz., bei den Ausgaben für Heer und Marine 1 Proz. betragen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es ist ein Märchen, wenn man uns nachsagt, daß wir gegen die Reichswehr im allgemeinen seien. Im Gegenteil, wie die anderen Parteien auch halten wir es für unsere Pflicht, für die Reichswehroldaten, die 12 Jahre an die Kaserne gebunden sind, als Menschen zu sorgen. Wir achten und schätzen den Soldaten. Wir fordern für den Soldaten der deutschen Republik eine unabhängige Behandlung durch die Vorgesetzten. Deutsches Land haben zu verschwinden, denn sie schädigen das Ansehen der Reichswehr und damit das Ansehen der deutschen Republik. Auch bei der Reichswehr soll der Soldat nicht Staatsbürger zweiter Klasse sein, sondern diejenigen Freiheiten haben, die ihm die Reichsverfassung gewährt.

# Gegen den Militarismus.

Der Kampf der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion im alten Reich war auf wehrpolitischem Gebiet in erster Linie der Versuch, den Geist des Militarismus zu bannen, der in der Armee wütete und von da aus das ganze deutsche Volk verfeuchte. Durch die Pflege der Traditionen der kaiserlichen Armee und die Pflege der Exzelsivität des Offizierskorps erwacht die Gefahr, daß der Geist des Militarismus wieder keine Unterstützung erleben könnte. Dabei kommt es gar nicht darauf an, wie groß ein Heer ist. Auch in einer kleinen Wehrmacht kann Militarismus herrschen. Militarismus ist kein bestimmtes Wehrsystem, sondern das Betreiben des Militärs, sich im Staate eine Sonderstellung zu schaffen und, statt dem Staate zu dienen, ihn durch Einschüchterung auf den Staatsapparat zu beherrschen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solche Ansätze sind in der Reichswehr vorhanden, und das beste Feld dafür ist eine klandestine jassche und gefährliche Traditionspflege in der Reichswehr. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das würden meine politischen Freunde nicht. Wir wünschen vielmehr, daß die Reichswehr endlich den Anschluss an den Geist der Demokratie finde. Auf dem Umweg über die Traditionspflege, wie sie in der Reichswehr aufgeföhrt wird, wird mit allen Mitteln und an gewissen Stellen ganz planmäßig lediglich der Geist der alten Armee konserviert. Dieser Geist war aber unheimlich, war der Geist der Feudalität; niemals aber hat dieser kaiserliche Geist in einem Heer der Republik Platz.

In diesem Zusammenhang möchte ich doch ein Wort zu den Bundesratsprozessen sprechen, die zu einer Landesverratsverurteilung geführt haben.

Wenn man schon Klagen wegen Landesverrats erheben will, dann gehören ganz andere Kreise und Personen in den Angelegenheit als die Vertreter der Presse. Das hat der Fall des Majors

a. Badike gelegentlich der Proklamation des Leutnants a. D. v. Treutlow nur zu deutlich gezeigt. (Sehr wahr! links)

Für die ausscheidenden Heeresangehörigen hat die Sozialdemokratie sich stets eingesetzt. Ohne ihre Unterstützung bei der Beratung der Versorgungsgeetze wäre es der Reichswehr niemals in den Sinn gekommen, die Renten für die Kapitulanten zu erhöhen oder die Wiedererholungsmaßnahmen der Zivilversorgungsentscheidung zu beschleunigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man aber das Kapitel „Unterbringung der Versorgungsberechtigten“ betrachtet, dort man nicht vergesse, daß die schwierige Wirtschaftslage die Verweigerung der Gesamtzahl der Kapitulanten, die Unterbringung der Schwerbeschädigten und die Versorgung jener Beamten aus der Schutzpolizei und dem Reichswasserbau die Sache viel schwerer macht als nur dem Kriegs. Die berechtigten Klagen der Arbeiter aus den Heeresbetrieben, für deren Unterbringung der vorige Wehrminister eingetreten verprochen, haben sich kaum geändert. Es wäre eine Aufgabe des neuen Wehrministers, mit dem brutalen und schmerzhaften Unternehmungsgeist in den Heeresbetrieben endlich aufzuräumen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nun meinen Vorgesetzten ist zu erkennen, was schon mein Fraktionskollege Dr. Hüllerding auf unserem letzten Reichstagsparteitag in Kiel zum Ausdruck gebracht hat: Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr; unser Kampf geht um die Reichswehr, damit sie ein zuverlässiges Instrument der Republik werde.

# Deutschland hat abgerüstet! Wo bleiben die andern?

Der Militarismus ist heute wie in den Jahren 1913/14 ein gefährlicher Feind des Friedens. Heute stehen bereits annähernd eine Million Soldaten mehr unter Waffen, als bei Ausbruch des Weltkrieges (Hört, hört! bei den Soz.), obwohl die alten Militärmächte Deutschland und Österreich-Ungarn nicht mehr existieren. Hier möchte ich ein paar Worte an die Adresse der ehemaligen Feindstaaten richten. Eine Entspannung wird in Europa erst dann eintreten, wenn auch die ehemaligen Feindstaaten den im Artikel 8 des Versailler Vertrages aufgestellten Grundsat, der zur Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß fordert, anerkennen und durchführen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die ehemaligen Gegner haben sich im Friedensvertrag grundsätzlich zur Abrüstung bekant; sie sollen auch ihrerseits mit der Abrüstung beginnen.

Nicht zuletzt fand in dem Deutschland der Nachkriegszeit der Nationalismus der Jetztzeit so reiche Nahrung, weil die schreienden Männer der Siegerstaaten dem neuen Deutschland das Leben außerordentlich erschweren, und selbst eingegangene Verpflichtungen nicht erfüllt haben. Deutschland hat keine Wehrmacht, die den Frieden bedroht. Es ist arbeitslos an der Zeit, daß nun auch Frankreich, England und andere Großmächte auch machen, was im Friedensvertrag niedergelegt ist.

Wir Sozialisten haben das Recht, diese Forderungen zu erheben. Wir sind grundsätzlich für eine allgemeine Abrüstung in allen Ländern. Nur diese allgemeine Abrüstung garantiert den Frieden. (Zustimmung bei den Soz.)

# Appell an die Reichsregierung.

Auch von der Reichsregierung erwarten wir eine starke Initiative in der Abrüstungsfrage. Unbekümmert um Stahlhelm und Wehrmachtspresse muß die deutsche Reichsregierung alle Kräfte mobilisieren helfen, damit das waffenstarrende Europa verschwindet. (Sehr richtig! links), und wenn ein deutscher Reichswehrminister ebenfalls als Vorkämpfer für die Abrüstung sich betätigt, so wird dadurch vor aller Welt dokumentiert: Deutschland will für alle Zukunft mit allen Völkern in Frieden leben, und der Reichswehrminister selbst, wenn er eine solche Mission auch übernimmt, dabei keinen Schaden als Minister des Reichswehrministeriums.

Wenn der Reichswehrminister das in die Tat umsetzt, was er im Ausschuss als sein Ziel und Programm erklärte: „Wir wollen die Lösung weitausgestreuter Volkstrennen gewinnen; die Symbole des Staates müssen gewahrt werden; wer das nicht tut, gehört nicht in die Reichswehr!“ — erwacht er sich ein großes Verdienst um die Republik. (Sehr richtig! links.) Mit Vorgesprächen allein ist es aber nicht getan, dem Wort muß auch die Tat folgen. (Rebeller! Beifall bei den Soz.)

Der übrige Teil des Reichstagsberichts wird in der Beilage veröffentlicht.







# Die Bluttat der 24jährigen.

## Liegt Vorsatz und Ueberlegung vor?

Die Vernehmungen in der Mordsache Schüler-Charlottenstraße haben im Laufe des gestrigen Tages eine Wendung genommen, die für die verhaftete Erna Anthony sehr bedenklich ist. Die Darstellung der Kontoristin, sie hätte die Bluttat in einem Anfall plötzlicher übermenschlicher Erregung begangen, wird durch die Nachforschungen der Kriminalpolizei und die zahlreichen Zeugenvernehmungen schwer erschüttert.

Wehr und mehr gewinnt es den Anschein, daß die Lösung der Frau Schüler von dem jungen Mädchen mit Vorsatz und Ueberlegung ausgeführt worden ist. Erna Anthony hatte angegeben, daß sie durch Zufall, als sie das Bureau verließ, mit der Aufwartefrau Schüler auf der Hintertreppe zusammentraf und von dieser wiederum in erpresserischer Absicht bedroht worden sei. Da habe sie die Wut gepackt, sie habe ein Messer, das in der angrenzenden Kammer lag, ergriffen und der Frau dann in maßloser Erregung die sichtbaren Schnittwunden beigebracht. Die Ermittlungen des gestrigen Tages haben ergeben, daß dieser Bericht der Anthony der Wahrheit nicht entspricht. Am Montag nachmittag nach Geschäfts-schluß hat vielmehr Erna Anthony die Frau Schüler unter einem Vorwand noch einmal ins Bureau kommen lassen. Hier kam es dann zwischen den beiden Frauen zu der Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Mordtat geschah.

Noch schwerer aber fällt gegen Erna Anthony ins Gewicht, daß nach den Aussagen der Angestellten der Firma Beder u. Ehmer in der Aufraumkammer niemals ein Messer gelegen hat, das zum Korrosionsschneiden verwendet worden wäre. Die Mordwaffe hat die Anthony nach ihren widersprüchlichen Auslagen in einen Korb mit Müllfäcken oder einen Sully geworfen. Genaueres kann oder will sie nicht angeben. Die untersuchende Mordkommission neigt nun sehr zu der Ansicht, daß Erna Anthony sich das Messer irgendwo

gekauft hat, aus dem Plane heraus, die Mitwisserin ihres Liebesverhältnisses unschädlich zu machen. Sie hat es dann nach Ansicht der Polizei fortgeworfen, um dieses wichtigste Material für den Verdacht des Vorsatzes und der Ueberlegung loszuwerden. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach diesem Messer sind bisher ergebnislos gewesen. Kriminalkommissar Lippich bittet dringend, ihm in Zimmer 175 des Polizeipräsidiums zweidienliche Angaben über den Verbleib des Messers, sowie darüber zu machen, bei wem und wann sich die Kontoristin ein dolchartiges Messer gekauft hat.

Die Vernehmungen werden heute fortgesetzt werden. Gestern nachmittag ist im Schauhaus durch Prof. Dr. Strauch als Gerichtsarzt die Leiche der ermordeten Frau Schüler obduziert worden. Im Gegensatz zu den ersten Feststellungen am Tatort ergab sich, daß die Wunden von durchgehenden Messerschlitzen herrühren und nicht von Einstichen, wie man zunächst annahm. Die Hauptverletzungen, deren jede genügt hätte, den Tod herbeizuführen, sind zwei Schnitte, die mit der ganzen Schneidenslänge des Messers geführt worden sind. Sie haben, wie schon erwähnt wurde, den Kopf fast vom Rumpfe getrennt. Nach dem Verlauf der Verletzungen ist zu schließen, daß der Angriff nicht von vorn, sondern hinterrücks oder seitlich erfolgte.

Am Boule des gestrigen Tages wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, Zeugen, die sowohl die Anthony wie auch Frau Schüler aus persönlichem Umgang kannten. Die Mordkommission hofft, auf diesem Wege das Dunkel lichten zu können, das immer noch über dem eigenartigen Beweggrund liegt. Alle Vernommenen sagen übereinstimmend aus, daß sie der einen nicht Erpressungen und der anderen nicht eine solche Bluttat zugezogen hätten. Die Mordwaffe ist trotz allen Suchens noch nicht gefunden.

### In den Händen des Erpressers.

#### Wenn man Briefe schreibt.

Reisebekanntschäften können unangenehme Folgen haben! So geriet auch die Frau eines angesehenen Arztes in einer größeren Provinzstadt in eine peinliche Lage: Sie mußte gestern als Zeugin in einem Erpresserprozeß auftreten, der vor der Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsrat Meyerhoff zur Verhandlung gelangte.

Angeklagt war wegen vollendeter und versuchter Erpressung der Photograph Rudolf Schlesinger, der gegen das Urteil des Schöffengerichts, das ihn zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt hatte, Berufung eingelegt hat. Die Frau machte auf einer Reise in Leipzig auf dem Hauptbahnhof die Bekanntschaft des jungen Mannes und blieb mit ihm auch noch einige Zeit in brieflichem Verkehr. Mächtig kam unter Drohungen von dem sauberen „Anwalt“ eine Geldforderung von 500 Mark. In ihrer Angst zahlte sie das Geld und einige Zeit darauf nochmals dieselbe Summe. Diese Nachgiebigkeit erwieb sich als falsch, denn bald darauf kam eine neue Forderung. Diesmal wurde verlangt, daß 1000 Mark telegraphisch nach dem Postamt in der Neuen Königstraße geschickt werden sollten, anderenfalls würden die Briefe dem Chemann ausgehändigt werden. Run reiste die Bedrohte nach Berlin und ließ den Erpresser, als er das Geld abheben wollte, festnehmen.

Die Frau des Arztes befindet sich in einer peinlichen Situation, da der Chemann von den Dingen, die sie abspiegelt haben, keine Ahnung hatte. Die Terminaladungen hat sich die Zeugin bisher stets über die Adresse einer Freundin austellen lassen. Für die Berufsverhandlung hat Rechtsanwalt Wenzel den Beweis angetreten, daß der Angeklagte Schlesinger infolge erblicher Belastung nicht voll zurechnungsfähig sei und auf seinen Antrag ist Obermedizinalrat Dr. Bürger als Sachverständiger geladen. Dr. Bürger begutachtete, daß der Angeklagte zwar erblich

behaftet, aber keineswegs geisteskrank sei. Der Angeklagte behauptete, daß die erste Zahlung der erpressten Frau freiwillig erfolgt sei, da die geschätzten 500 M. ein Darlehen sein sollten, für das er einen Wechsel in einem Café in Leipzig ausgestellt habe. Die Zeugin bestritt das. Da aber Rechtsanwalt Dr. S. Wenzel auf der Ladung eines von ihm benannten Kellners aus dem Leipziger Café bestand, war das Gericht gezwungen, die Verhandlung zu vertagen. Es wurde beschlossen, den Kellner zu laden. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten blieb jedoch bestehen.

### Feuer bei Kunheim in Niederschöneweide.

Mit der Bekämpfung eines größeren Feuers waren mehrere Löszüge gestern nachmittag auf dem Gelände der Chemischen Fabrik von Kunheim in der Berliner Straße 140 in Niederschöneweide, fast drei Stunden lang beschäftigt. Zwei große Lager-schuppen von etwa 20 Meter Länge wurden ein Raub der Flammen. — Kurz vor 16 Uhr jängelten aus dem Dach des einen Schuppens, in dem sich die Arbeitergarderoben befinden, an zwei Stellen plötzlich meterhohe Stämme hervor. In wenigen Minuten hatte das Feuer den Holzbau in seiner ganzen Ausdehnung erfaßt und war auf einen anschließenden Lager-schuppen, in dem Baumaterialien aufgeschapelt waren, übergesprungen. Als die

**Sonntag, den 18. März, beteiligen sich die Genossinnen und Genossen zahlreich an der vom Reichsbanner veranstalteten Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen mittags 12 Uhr im Lustgarten und anschließend an dem Umzug im Friedrichshain, Abmarsch 15 Uhr, Köftriner Platz.**

## Menschen, Göttern gleich...

44] Roman von Herbert George Wells.

„Reizende Aussicht!“ sagte Mr. Muth mißmutig. „Aus einer Kanone durch den Weltraum geschossen zu werden — verlockend.“

„Und darf ich fragen,“ ertönte die Stimme von Vater Amerion, „darf ich nach der Art dieser Behandlung fragen, dieser Versuche, bei welchen wir sozusagen die Versuchskanarienvögel sein sollen? Soll es eine Art Impfung sein?“

„Injektionen,“ erklärte Mr. Barnstaple.

„Ich habe mich noch nicht recht entschieden,“ sagte Ceder. „Das Problem wirft Fragen auf, die in dieser Welt seit Generationen vergessen sind.“

„Ich möchte gleich betonen, daß ich ein eingefleischter Impfgegner bin,“ sagte Vater Amerion. „Absolut. Impfung ist eine Vergewaltigung der Natur. Wenn ich irgendwelche Zweifel gehabt hätte, als ich in diese Welt der — Entartung kam, so habe ich jetzt keine mehr. Nicht im geringsten! Wenn Gott beabsichtigt hätte, daß wir diese Sera und Bakterien in unsere Leiber bekommen sollten, hätte ER natürlichere Mittel vorgezogen, als eine Spritze, damit wir ihrer teilhaftig würden.“

Ceder ließ sich über diesen Punkt in keine Diskussion ein. Er fuhr fort, sich weiter zu entschuldigen. Er müsse die Erdlinge bitten, sich eine Zeit lang innerhalb gewisser Grenzen zu halten, sich auf die Felspitze und die Hänge unterhalb bis zu den Bergwänden zu beschränken. Ferner sei es unmöglich, junge Leute hierher zu sehen, um sie zu bebiegen, wie dies geschehen sei, sie müßten selbst für sich kochen und überhaupt selbst für sich sorgen. Die nötigen Vorrichtungen seien oben auf dem Gipfel des Felsens zu finden, und er, sowie Serpentin würden einige nützliche Erklärungen geben. Sie würden genügende Vorräte für sich vorfinden.

„Dann sollen wir also hier allein gelassen werden?“ fragte Mr. Catskill.

„Einige Zeit. Wenn wir in unserer Aufgabe klarer sehen, werden wir wiedertommen und euch mitteilen, was wir zu tun gedenken.“

„Gut!“ sagte Mr. Catskill. „Gut!“

„Ich wollte, ich hätte mein Mädchen nicht mit dem Zuge fahren lassen“, sagte Lady Stella.

„Ich bin bei meinem letzten sauberen Kragen angelangt“, sagte Mr. Dupont mit bitterer Miene. „Es ist kein Spaß, diese Sonntagspartie mit Lord Barralonga.“

Lord Barralonga wandte sich höflich zu seinem besonderen Gästling. „Ich glaube, daß Ridley das Zeug zu einem sehr guten Koch in sich hat.“

„Ich habe nichts dagegen einzuwenden, meine Geschäftlichkeit zu erproben,“ sagte Ridley. „Ich habe schon alles mögliche gemacht — und einmal habe ich einen Dampfwagen bedient.“

„Ein Mann, der ein solches Ding in Ordnung halten kann, der kann allerhand“, sagte Mr. Pent mit ungewöhnlicher Begeisterung. „Ich bin gern bereit, mich neben Mr. Ridley aushilfsweise in allem nützlich zu machen. Ich begann meine Laufbahn in einer Schiffsküche und ich schäme mich nicht, es zu bekennen.“

„Wenn uns der Herr die Geräte zeigen will“, sagte Mr. Ridley auf Serpentin zeigend.

„So ist's“, sagte Mr. Pent.

„Und wenn jeder von uns so wenig wie möglich Umstände macht“, sagte Miss Greta Grey.

„Ich glaube, wir werden wirtschaften können“, sagte Mr. Burtleigh zu Ceder. „Wenn Sie uns zuerst eine kleine Anleitung und Hilfe gewähren wollen.“

Ceder und Serpentin blieben bis zum späten Nachmittag mit den Erdlingen auf dem Quarantänefelsen. Sie halfen ein Abendessen bereiten, und stellten es im Burghof auf. Sie verabchiedeten sich mit dem Versprechen, am nächsten Morgen wiedertzukommen, und die Erdlinge sahen ihnen und den sie begleitenden Flugzeugen nach, als sie in die Lüfte aufstiegen.

Mr. Barnstaple war überrascht, als er sich dabei er-tappte, daß ihr Fortgehen ihn verstimmt. Er hatte das Gefühl, daß sich Unheil unter seinen Befährten vorbereite und daß durch die Abwesenheit der Utopen ein Hindernis für das Eintreten dieses Unheils beseitigt sei. Er hatte Lady Stella bei der Zubereitung einer Omelette geholfen und sollte eine Schüssel und eine Bratpfanne in die Küche zurückbringen, nachdem aufgetragen war, so daß er der letzte war,

Behren an der Brandstätte eintrafen, blüete der gesamte Schuppenkomplex ein großes Feuermeer. Der heftige Wind entfachte das Feuer immer wieder und trieb starke Flammengarden gegen die angrenzende Fachwerklehne der Kohlenfabrik, die gleichfalls in Brand geriet. Das Gebäude war bald mit so dichten Qualmstoffen angefüllt, daß die Wehrleute nur mit Gasmasken versehen gegen den Brandherd vordringen konnten. Zum Glück wurde das Feuer nach dieser Seite bald abgeriegt und konnte durch starkes Wassergeben niedergelämpft werden. — Die Entstehungsurache ist noch völlig ungeklärt.

### Hinckelisse überfällig.

#### Angeblick über Neufundland gesichtet.

London, 14. März.

Der Junker John Lilley der Western Union Funkstation Hearts Content aus Neufundland verbreitet die Nachricht, daß er heute mittags 1,35 Uhr (18,30 Uhr mittelenuropäische Zeit) ein Flugzeug in nordwestlicher Richtung passieren sah.

New York, 14. März.

Der englische Ozeanflieger Hinckelisse, der unter normalen Umständen heute vormittags Neufundland hätte erreichen müssen, ist nunmehr schon mehrere Stunden überfällig. Von Land aus wird scharfe Aussicht nach dem Flieger gehalten. Eine neuseeländische Fischereiflotte, die etwa 200 Meilen von der Küste entfernt tätig ist, wurde ebenfalls benachrichtigt, nach dem Flieger auszuschaun. Hinckelisse führt Brennstoff für 45 Stunden an Bord, und seine Maschine ist fähig, eine Durchschnittgeschwindigkeit von 100 Meilen einzuhalten. Man hegt über das Gelingen des Fluges einige Beforgnis, da sich die Wetterbedingungen verschlechtern. In der Rüste von Neufundland herrscht Nebel, aus östlicher Richtung ist ein Sturmgebiet im Anzuge. Man nimmt jedoch an, daß Hinckelisse dieses Schlechtwettergebiet nördlich umfliegen wird, da die Wetterverhältnisse im Norden wesentlich günstiger sind.

### Es soll wieder wärmer werden.

Die gegenwärtige Witterung wird sich, nach den Mitteilungen des Wetterdienstes, in den nächsten Tagen nicht wesentlich ändern. Während der Tagesstunden wird das Quecksilber einige Grad über Null sein, in den Nächten dagegen werden die Temperaturen noch immer — 4 bis — 6 Grad betragen. Im Westen Deutschlands macht sich bereits eine stärkere Erwärmung bemerkbar, und in der Rheingegend trägt das Wetter stellenweise schon wieder frühlingssortigen Charakter. Die Tagestemperaturen betragen durchschnittlich bis zu 6 Grad Wärme. — Im Osten Deutschlands stehen + 1 und + 2 Grad Tagestemperatur — 12 bis — 13 Grad (Schlesien und Ostpreußen) in der Nacht gegenüber. Im allgemeinen sind Niederdrücke nirgends zu verzeichnen, und wenn nicht alles täuscht, geht es nun doch endlich auf den Frühling zu.

### Ausführung über die Flugplatzverlegung.

Nachdem der von der Stadtoverordnetenversammlung eingesetzte Unterausschuß zur Prüfung der Magistratsvorlage über die Verlegung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt von Wlbershof nach Beih das Brieger Gelände beschäftigt hat, werden heute vormittag die letzten Verhandlungen stattfinden. Der kleine Unterausschuß wird um 10 Uhr mit einer Sitzung beginnen, in der die finanziellen Unterlagen der einzelnen Projekte geprüft werden. Um 11 Uhr wird anschließend an diese Beratungen der Ausschuß zusammentreten und die letzten Beratungen über die Vorlage pflegen. Zu dieser Sitzung sind eine Reihe von Sachverständigen geladen, die über die flugtechnische Eignung des Brieger Geländes Auskunft geben sollen. Neben Prof. Hobbs, dem Flieger Köppen und dem Meteorologen Herseberg sind die flugtechnischen Sachverständigen Binder und Hanuschke geladen worden. Zu einer Entscheidung wird es in dieser Sitzung nicht kommen, da die Vertreter der Fraktionen sicher erst mit ihrer Fraktionführung nehmen müssen.

der sich an die Abendtafel setzte. Er fand das Unheil, das er befürchtete, in vollem Gang.

Mr. Catskill hatte sein Abendessen bereits beendet und stand mit einem Bein auf einer Bank, indem er der übrigen Gesellschaft eine Rede hielt.

„Ich frage Sie, meine Herren und Damen,“ redete Mr. Catskill, „ich frage Sie: Steht nicht über dem Erlebnis dieses Tages, „Bestimmung“ groß geschrieben? Nicht umsonst war dieser Ort in alten Zeiten eine Festung. Nun ist er nahe daran, wieder eine Festung zu werden. Im — eine Festung... Neben einem solchen Abenteuer werden die Geschichten von Cortez und Pizarro verblasen.“

„Rein lieber Rupert,“ rief Mr. Burtleigh, „was hast du dir wieder in den Kopf gesetzt?“

Mr. Catskill erhob dramatisch zwei Finger: „Die Eroberung einer Welt!“

„Guter Gott!“ rief Barnstaple. „Sind Sie verrückt?“

„Wie Clive,“ sagte Mr. Catskill, „oder Sultan Baber, als er nach Banipat marschierte.“

„Es ist ein gewaltiges Vorhaben!“ sagte Mr. Hunter, der offenbar auf diesen Vorschlag vorbereitet war, „aber ich bin geneigt, ihm ein Ohr zu leihen. Die Alternative ist, soweit ich es überblicken kann, von innen und außen gescheuert und weisgewaschen, dann in unsere eigene Welt zurückgeversert zu werden — mit der Aussicht, auf dem Rückweg ziemlich stark verbeult zu werden. Erklären Sie es ihnen, Mr. Catskill.“

„Erkläre es ihnen,“ sagte Lord Barralonga, der auch vorbereitet war. „Ich gebe zu, es ist ein Wagnis, aber es gibt Situationen, in denen man Hazard spielen muß, oder es wird mit einem gespielt. Ich bin ganz für die Aktivität.“

„Es ist Hazard — sicherlich,“ sagte Mr. Catskill, „aber auf dieser engen Halbinsel, auf dieser dürratmeile Landes erwartet das Geschick zweier Universen seine Entscheidung, mein Herr. Jetzt ist keine Zeit für Jaghaftigkeit und für lähmende Bedenklichkeit. Ueberlege schnell — handle schnell!“

„Das ist ja einfach gruslich,“ rief Miss Greta; klatschte mit den Händen auf die Knie und lachte Mr. Muth strahlend an.

„Diese Leute,“ unterbrach Mr. Barnstaple, „sind uns um dreitausend Jahre voraus. Wir sind wie eine Handvoll Hottentotten in einer Schaubude in Carls Court, welche die Eroberung von London planen.“ (Fortsetzung folgt.)















Reichsbank und Volkswirtschaft

Zum Verwaltungsbericht der Reichsbank für 1927.

Die deutsche Reichsbank ist keine Bank wie eine andere. Sie ist für das Geldwesen verantwortlich und soll im gesamtwirtschaftlichen Volksinteresse den inländischen Kapitalpreis regeln. So ist sie auch nicht zum Geldverleihen da; sie ist kein Erwerbsinstitut. Auf der anderen Seite „verdient“ sie, je bewegter die Konjunktur verläuft, um so mehr. Denn das Geld, aus dem sie Kredite gewährt — das sind die von ihr ausgegebenen Noten — kostet sie nichts. So hat das glänzende Konjunkturjahr 1927 der Reichsbank wieder besonders große Einnahmen gebracht, nicht zuletzt durch die zweimalige Erhöhung des Diskonts, der nur eine einmalige Senkung gegenübersteht. Allein aus dem großen Wechselgeschäft verzeichnet sie eine Einnahme von rund 181 Millionen Mark, und wie die folgende Tabelle zeigt

Table with 5 columns: Year (1924, 1925, 1926, 1927), and rows for Profit (Rohgewinne), Administration costs (Verwaltungskosten), Net profit (Reingewinn), Reserve funds (davon an Reservefonds), and Dividends (Dividende für Anteilseigner).

hat die Reichsbank nicht nur ihre Reserven außerordentlich gestärkt, sondern auch den Anteilseignern für die rund 123 Millionen Mark gegebenen Anteilscheine eine von 10 auf 12 Proz. erhöhte Dividende gewährt. Die Verwaltungskosten haben ihre seit 1924 ununterbrochene rückläufige Bewegung bis auf 75,1 Millionen fortgesetzt. Die gesamten Reserven der Reichsbank wurden insgesamt um nicht weniger als rund 53 Millionen auf rund eine Viertel Milliarde erhöht.

Dah die Reichsbank nicht in erster Linie zum Geldverleihen da ist, schied von manchen Anteilseignern nicht verstanden zu werden. So trat auch die Opposition in der Generalversammlung, die eine Erhöhung der Dividende auf 15 Proz. verlangte, teilweise aber auch andere Interessen vertreten wollte, kein sonderlich erfreuliches Bild.

Natürgemäß war die Reichsbank im Jahre 1927 infolge der mächtigen Konjunktur entsprechend stärker beschäftigt. Ihre Gesamtumsätze haben sich von 627 auf 730 Milliarden erhöht.

Table with 5 columns: Year (1924, 1925, 1926, 1927), and rows for Total turnover (Gesamtumsätze), Purchases of foreign exchange (Ankäufe von Inf.-Wechseln), New issue of Reichsbanknotes (Neue Bombardausleistung), and Total issue of Reichsbanknotes (Bei d. Abrechn.-Stell. abger.).

Die Anläufe von Inlandswechseln, die für die Stärke der Konjunktur besonders kennzeichnend sind, haben sich gegenüber dem ungünstigen Konjunkturjahr 1926 mit 20,2 gegen 10 Milliarden verdoppelt. Daß die Finanzierung der Konjunktur zunehmend aus deutschen Gewinnen erfolgte, lassen die verringerten Anläufe von Inlandswechseln erkennen. Die bei den Abrechnungsstellen der Reichsbank abgerechneten Summen sind von 56,9 auf 97,7 Milliarden gestiegen. Daß sich zum Jahresabschluss die Summe der fälligen aber unbezahlt gebliebenen Forderungen trotz der mächtigen Ausdehnung der Geschäfte gegenüber dem Vorjahr von 14,9 auf 10 Millionen verringert hat, ist zugleich die Folge der mit der Konjunktur allgemein gestiegenen Prosperität und Zahlungsfähigkeit.

Table with 5 columns: Year (1924, 1925, 1926, 1927), and rows for Total turnover (Gesamtumsätze), Purchases of foreign exchange (Ankäufe von Inf.-Wechseln), New issue of Reichsbanknotes (Neue Bombardausleistung), and Total issue of Reichsbanknotes (Bei d. Abrechn.-Stell. abger.).

Als ein weiteres Zeichen der hochintensiven Konjunktur des vergangenen Jahres ist die Tatsache anzusehen, daß bei der eingetretenen Verdoppelung der Anläufe von Inlandswechseln der Durchschnittsbetrag dieser Wechsel von 1111 auf 1544 Mark gestiegen ist, wobei die von 9,03 auf 13,07 Millionen gestiegene Stückzahl zeigt, daß die Steigerung des Durchschnittsbetrages keineswegs mit einer Einschränkung des Rundschafstreffes verbunden war.

Table with 5 columns: Year (1924, 1925, 1926, 1927), and rows for Administration costs (Verwaltungskosten), Personnel (Personal), and Total (Gesamt).

Dem Personal der Reichsbank, das sich in den 457 Reichsbankanstalten (ohne Unteranstalten) gegenüber dem Vorjahr noch von 10 236 auf 9938 Beamte, Angestellte und Arbeiter verringert hat, wurde eine erheblich größere Arbeitslast zugemutet als in früheren Jahren, und die Reichsbank dürfte Anlaß haben besonders bei ihrem Angestelltenpersonal nachzuprüfen, inwieweit die vermehrte Arbeitslast durch eine Erhöhung der Bezüge auszugleichen ist.

Table with 5 columns: Year (Ende 1924, 1925, 1926, 1927), and rows for Gold reserve (Goldbestand), Debt securities (Deckungsbefehle), Exchange reserve (Wechselbestand), and Total (Gesamt).

Mit 1865 Millionen ist der Goldbestand gegenüber Ende 1926 nicht erheblich, gegenüber Ende 1924 aber um das Zweifelhafte vermehrt. Der Bestand an Deckungsbefehlen hat zum Jahresabschluss gegenüber dem Vorjahr, nach der bekannten starken Senkung, eine Auffüllung auf 282 Millionen erfahren. Der Notenumlauf war Ende 1927 mit 4564 Millionen ungefähr entsprechend der Vermehrung der Deckungsmittel erweitert. Der gesamte Zahlungsmittelumsatz zeigt ein bedeutend geringeres Tempo in der Vermehrung und hatte Ende 1927 6304 Millionen erreicht.

In dem begleitenden Tezt zum Verwaltungsbericht der Reichsbank, für den das Reichsbankdirektorium verantwortlich zeichnet, merkt man nicht viel davon, daß es neben der Reichsbank als Währungs- und Zentralkreditbank auch einen Reichsbankpräsidenten gibt, der über seine Funktion als Reichsbankleiter hinaus große politische Interessen hat und sie energisch wahrnimmt. Es ist

Sowjetrussischer Wirtschaftsaufbau.

Bernichtende Selbstkritik. — Hintergründe zur Verhaftung der Ingenieure.

Am 4. März hat die „Pravda“ von dem „roten Professor“ Sakowlew einen Artikel veröffentlicht, der auf Grund der Untersuchungsberichte der Arbeiter- und Bauerninspektion die Ursachen „ungeheurer Mißstände“ im Industriesektor mit voller Offenheit bloßlegt und damit die Hintergründe, die zum Verstandnis der Verhaftungen ausländischer Ingenieure vielleicht mehr beitragen als die bisherigen offiziellen Erklärungen. Sakowlew erklärte in dem erwähnten Artikel, daß die Nachprüfung des Kapitalbaus der Wirtschaft, der Auswertung der importierten Maschinen und der Durchführung der rationalisierten Arbeitsmethoden bei einem der besten Industrieunternehmen zu einer Anzahl notwendiger Feststellungen veranlaßt. Diese Feststellungen lauteten folgendermaßen:

„Wo man die Schuldigen an der ungenügenden Ausnutzung der importierten Maschinen festzustellen versuchte, fand man sie nicht. Die leitenden Personen in den Industrieunternehmen bieten gewissermaßen das Bild eines Igamerlogers.“

Die Wirtschaftler werden immerfort von einem Unternehmen ins andere veretzt;

aus der Metallindustrie in die Gummiindustrie, von der Gummi- in die Holzindustrie oder in Seifenfabriken. So schaffe man keinen Stamm von Wirtschaftlern, die Instande wären, den Betrieb so, wie es sich gehört, kennen zu lernen. Das muß aufhören.

Unsere Trusts und Fabriken kennen heute noch nicht ihre Rechte. Wenn ein Wirtschaftler Millionenforderungen unterschreibt, so muß er wissen, daß er, nicht aber zehn Instanzen über und unter ihm die Verantwortung für die Verwendung der Millionen trägt. Im Augenblick sind aber die Rechtsverhältnisse zwischen den Trusts und den Fabriken noch vollständig ungeklärt. „Wir sind äußerst leicht geneigt, neue Erfindungen zu machen; um so schwerfälliger aber, wenn es sich darum handelt, irgendeine Erfindung anzuwenden, die im Ausland bereits seit langem mit Erfolg verwertet wird.“ Es gilt für die nächsten Jahre nicht eigene Erfinder zu züchten, sondern mit Schnelligkeit und Energie die Erfindungen zu verwerten, die bereits seit langem in Deutschland, Frankreich und Amerika ausprobiert sind.

Während wo anders, z. B. in den Papierfabriken Belgiens, das alte Inventar durch Einführung ebenso einfacher wie billiger ausländischer Verbesserungen vorzüglich ausgenutzt wird,

tragen wir uns mit grandiosen Plänen.

bauen neue Fabriken und verschandern das alte Inventar. „Wenn man aber die Ergebnisse auf dem Gebiete der Papierindustrie bei uns mit denen vergleicht, die die kulturell viel höher stehenden Seiten erreicht haben, so gelangt man zu dem Schluß, daß man den Aufbau nicht dilettantisch, sondern als Aufgabe einer gewaltigen technischen Revolution betrachten muß, wie dies in Amerika und in Deutschland geschieht.“

„Es ist ein Zufall, daß unsere Spezialisten so ungeschicklich die Glasfabriken erbaut haben und es nicht verstanden haben, einigermaßen befriedigend die Papierfabriken zu errichten? Der eine oder andere Spezialist, vielleicht ein gewissenhafter Mensch, kann ja nicht dafür, daß er, der bis vor der Revolution nie eine Glasfabrik gesehen hat, nun, da die Sowjetregierung das Land industrialisiert, Glasfabriken zu bauen gezwungen ist. Die eine Schuld trifft ihn aber nicht, daß er sich seine Unwissenheit nicht eingestehen und daß er, ohne sich keiner Verantwortung bewußt zu sein, zuseht, wie die Volksgelder verschwendet werden. Hingru kommt der russische „Totalpatriotismus“. Das ist der schlimmste Feind der Sowjetregierung und der kommunistischen Partei. Der leitende

nur eine kleine Chance, aber sie ist doch nicht bedeutungslos, wenn für die privaten Auslandsanleihen festgestellt wird, daß auch hier mannigfache Bedenken bestehen könnten, wenn sie im Uebermaß oder in unwirtschaftlicher Weise aufgenommen werden. Bisher wurden in der Diskussion über Auslandsanleihen die privaten noch nie erwähnt. Das Reichsbankdirektorium wird auch im Auslande nicht ungeteilte Zustimmung zu seiner Auffassung finden, daß die Tätigkeit der „dem Reichsfinanzminister“ unterstehenden Beratungsstelle des Vertrauens des Auslandes in Deutschlands Finanzgebarung gestärkt habe. Und nur ein leichter Anlaß an die besonderen, unter Umständen der Volkswirtschaft keineswegs mit Sicherheit dienenden reparationspolitischen Interessen des Reichsbankpräsidenten ist es, wenn von den „neuen schweren und verantwortungsvollen Aufgaben“ gesprochen wird, die der Reichsbank im Zusammenhang mit der Tatsache erwachsen, daß der Reparationsvertrag in seinem letzten Bericht die Frage einer zahlmässigen Begrenzung der deutschen Reparationsverpflichtungen angeschnitten hat.

Von der deutschen Maschinenindustrie.

Im Februar keine Verschlechterung.

Vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, dem Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, wird uns geschrieben: Die Gesamtlage hat sich gegenüber Januar nicht wesentlich verändert. Die Antragsfähigkeit hielt sich bei der Inlands- und Auslandslandschaft überwiegend im Rahmen des Vormonats. Die Fälle verflachten Einganges von Aufträgen überwiegen etwas die Verringerungen. Am Eingang von Aufträgen zeigte sich die im Januar festgestellte Verschlechterung bei einem Teil der Maschinenfabriken fort, sie wurde aber durch vermehrte Geschäftsabschlüsse anderer Werke ausgeglichen. So blieb, da die übrigen Firmen gleichbleibendes Inlands- und Auslandsgehalt verzeichneten, das Gesamtbild des Auftragseinganges aus dem In- und Auslande dem Vormonat gegenüber unverändert. Auch der Beschäftigungsgrad hielt sich im Februar, abgesehen von den von Streit und Aussperrung betroffenen Bezirken, mit 74 Proz. des Sollstandes auf der Höhe des letzten Monats.

Fast allgemein wurde über Verschlechterung des Zahlungseinganges im Berichtsmonat geklagt. Gleichzeitig nahmen die Wechselanstellungen sowohl als auch die Wechselproteste zu. Eine stetige und ausreichende Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft muß die wichtigste Grundlage ihrer weiteren Entwicklung bilden.

Kommunist und der technische Spezialist befinden sich in der gleichen Lage. Der eine wie der andere trinkt in einer Reihe von Fällen an ungenügendem Wissen. So können sie die Millionen Rubel nicht richtig verwenden, die in den Wirtschaftsaufbau hineingesteckt werden.“

Daher entsteht die Forderung, ausländische Spezialisten heranzuziehen. „Berichten wir uns nicht, daß unsere Spezialisten auf ihre Kollegen, die aus Deutschland und Amerika kommen, Ideal bilden. Aber trotzdem begreife ich nicht, weshalb der oberste Wirtschaftsrat heute noch nicht über ein Rationalisierungsbureau von 40 bis 50 ausländischen Spezialisten verfügt.“ Es heißt die besten Ingenieure aus Deutschland und Amerika zu uns importieren, und wir müssen von den russischen Ingenieuren fordern, daß sie ihnen in jeder Weise zur Hand gehen. Die wenig wohlwollende Einstellung zu ihnen müssen wir als Ausdruck der russischen Barbarei und Koppligkeit betrachten.

Die nächste Forderung betrifft die Presse. Sie brandmarkt wohl die Fehler der Wirtschaftler und verschiedener anderer kleinen Beamten, nicht aber die Schäden des großen Industriesektors. Ich habe die

Arbeiter über die Art dieser Kritik befragt

und einstimmig sagen sie, es sei nicht das, was sie brauchen. Die Arbeiterpresse sollte hier ihre Pflicht tun.

Und schließlich die Gewerkschaften. Als der Vorsitzende der Zentralratkontrollkommission Oeschonitschke den Vorsitzenden einer Gewerkschaft fragte, wie es diese nicht von all den Mißständen gemerkt habe, schickte er zur Antwort: Ist denn das unsere Sache? Sieht es denn in unseren Kräften, diesen Mißständen auf den Grund zu kommen? Die Gewerkschaften müßten sich aber darüber klar werden: sollte es für nichts angehen, wenn die importierten Maschinen unausgenutzt daliegen? Wenn der industrielle Wirtschaftsaufbau drei- bis viermal teurer zu stehen kommt, als dies statmässig der Fall sein sollte? Wenn das alte Inventar schlecht ausgenutzt wird? Wenn die Rationalisierung unzulässig langsam und unzulässig dilettantisch vor sich geht? Uns will es scheinen, daß auf dies alles zu achten die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften im Lande der Sowjets ist. Ein jeder Gewerkschaftler wird darauf erwidern: Wir wissen das ohne euch. Tatsache ist aber, daß nur wenige Mitglieder der Arbeiter- und Bauerninspektion im Laufe von zwei Wochen Mißstände aufgedeckt haben, die nach dem Staatsanwalt sprechen, während die Gewerkschaften kein Wort davon weder der Partei noch der Regierung mitgeteilt haben.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, in bezug auf unsere Wirtschaft das zu erfüllen, was in der kapitalistischen Wirtschaft durch die Konkurrenz, die Börse u. a. mehr erreicht wird. Eine Arbeitergesellschaft, die ihre Glasfabriken in einer Weise bauen wollte, wie bei uns die Glasfabrik in Serajewo gebaut worden ist, würde mit Schmach zusammenbrechen. Der technische Leiter, der Ingenieur, Erbauer dieser Fabrik, würde kein Bedauern, keine Anfechtung mehr in irgendeinem Industrieunternehmen des kapitalistischen Staates erfahren. Das ist die Kontrolle des Marktes, der Konkurrenz, permissiv des Untergangs der eigenen Karriere; wir können sie allein durch die organisierte Kontrolle der Arbeiterklasse erleben. Deshalb komme ich zu meiner allerletzten Forderung: Aufgabe der gesamten Partei, aller Gewerkschaftsverbände und der ganzen Presse müßte es sein, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise die Mängel unseres großen Rechnungswesens, an denen unsere Wirtschaft krankt, in stärkerem Maße aufgedeckt werden könnten.

Es Professor Sakowlew am 4. März in der „Pravda“.

Der Arbeitsmarkt weiter still.

Nach den neuesten Berichten der Bundesarbeitsämter hat der Stillstand auf dem Gesamtarbeitsmarkt auch weiterhin angehalten. Vor allem verhinderten erneute scharfe Fröhenbrüche eine größere Entlastung des Arbeitsmarktes, die in anderen Jahren um diese Zeit von den Lohnberatern auszusagen und sich über die durch diese beeinflussten Redenwerke auf die anderen Berufsgruppen fortzuspüren pflegte. Es ist nicht zu verkennen, daß die Fähigkeit des Stillstandes des Arbeitsmarktes in diesem Jahre größer als im Vorjahre ist, jedoch ist ein Grund zu einer Vorwarnung über die kommende Entwicklung des Arbeitsmarktes damit noch nicht gegeben, da der Arbeitsmarkt in der nichtalltagsbedingten Produktion eine bemerkenswerte Restkraft zeigt. Zwar herrscht in der Textilindustrie eine auffällige in Erscheinung tretende Zurückhaltung, jedoch läßt sich auch daraus nicht ohne weiteres auf die weitere Entwicklung schließen, da die Textilindustrie heute einem viel reicheren Konjunkturwechsel unterworfen ist als früher. Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage läßt bis jetzt jedenfalls ein abschließendes Urteil über das Aussehen unserer Konjunktur noch nicht zu.

Europäisches Schienenkartell und indische Eisenbahnen. Die indische Regierung hat kürzlich mit der indischen Tata-Stahlgesellschaft, die sich im Besitz indischer Unternehmer befindet, einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge die indischen Eisenbahnen die gesamte Schienenproduktion der genannten Gesellschaft während der Jahre 1928 bis 1935 zu einem im Vertrag festgelegten Preis übernehmen werden. Da die Produktion der Tata-Gesellschaft den gesamten Schienenbedarf der indischen Eisenbahnen befriedigen kann, wird die europäische Schienenexport — insbesondere die englische, aber auch die in den letzten Jahren sehr erhebliche deutsche — Ausfuhr von Schienen nach Indien — für lange Zeit unterbunden. Das Zustandekommen dieses Vertrages ist mittelbar die Folge der Preispolitik des europäischen Schienenkartells (Créma), das einzelne internationale Kartelle in der Eisenindustrie, dem auch die englische Industrie angeschlossen ist. Die indische Produktion war vor einigen Jahren noch so teuer, daß sie sich nur mit Hilfe von staatlichen Subventionen gegenüber der ausländischen Konkurrenz behaupten konnte. Seitdem hat das europäische Schienenkartell die Preise immer von neuem erhöht, bis sie eine Höhe erreichten, die die indische Eisenindustrie die Kartellpreise unterbieten konnte. Es sieht hier ein erheblicher Fall dafür vor, wie die Kartellpolitik der europäischen Industrien zur Verschleimung der Industrialisierung der überlebensfähigen Gebiete beiträgt.

Deutsche Kalkbrennprojekte in New York. 100 Millionen Dollar für die Industrie. New-Yorker Bankhäuser sollen laut „Wall Street Journal“ genehmigt mit einer größeren Anzahl deutscher Industrieunternehmen über neue Auslandsanleihen verhandeln. Die schwedischen Kalkbrennprojekte werden auf 100 Mill. Dollar geschätzt.







## Erinnerung.

Von Hans Brand.

(Schluß)

Der Soldat lehnte sein Gewehr neben der Tür an die Innen-  
seite des Kapellengitters und trat vor die trübende Frau hin. Die  
sah ihn nicht. Der Soldat rief die Kriechende halblaut an. Sie blickte  
verwundert auf. Der Soldat machte mit dem Kopf zur offenen  
Tür hin nicht mißzuverstehende Bewegungen. Die Frau schüttelte  
verneinend ihr schweremühtes Haupt. Der Soldat bedeutete ihr:  
Er müsse das Buch auf dem Betspalt umwenden. Eine Seite weiter.  
Solange hätte sie die Sankt Michaels-Kapelle zu verlassen! nachher  
könne sie von neuem vor dem Betspalt niederknien. Könne den  
ganzen Tag lang beten. Wenn es dann noch nicht genug gebetet  
sei, setzete sie auch die ganze Nacht lang. Bis zum nächsten  
Morgen 8 Uhr, wenn wieder das Buch eine Seite weitergewendet  
werden müsse. Heute aber habe er den Befehl dazu erhalten. Ver-  
wünftig sein und solange — zwei, drei Minuten nur! — die Sankt  
Michaels-Kapelle zu verlassen! „Um-menden?“ rief die Frau. Hob  
ihre gefalteten Hände himmelan. Die sie gelobend niederfallen.  
Witten auf die nach mühsamen Suchen von ihr gefundene Seite.  
Dortzu, wo geschrieben stand: „Ralph Ruloany, geboren am  
20. Juli 1889 zu Wyke, Bezirk Canterbury; gefallen am 20. Oktober  
1914 zu Langemarck in Belgien.“

Da die stumme Antwort der trübenden Frau keine Mißdeutung  
zuließ, packte der Soldat sie beim Arm, und zerrte die mit offenen  
Kräften widerstrebende aus der Sankt Michaels-Kapelle. Dann ver-  
richtete er seinen Dienst. Nicht eilig nach der Vorschriften. Weil  
die Turmuhr schon geschlagen hatte, ging er nicht auf die Schwelle  
zurück, um zu präsentieren. Er bog sich vielmehr unvermittelt zu  
dem Gebetsbuch mit den sechstausendfünfhundertundeinundzwanzig  
Namen. Wachte die aufgeschlagene Seite um. Schrieb die Nummer  
der neuen Seite auf ein schmaragdgrünes Dienstblatt, das dem Ab-  
geordneten des Rent-Regimentes mit dem überbevollmächtigten Kom-  
mandostab zugleich allmorgendlich ausgehändigt wurde. Berief die  
Sankt Michaels-Kapelle. Begab sich auch nicht, die Gittertür zu ver-  
schließen, den Schlüssel abzuziehen und einzustechen.

Als der Soldat wenige Schritte durch das Dunkel des Seiten-  
schiffes der Kathedrale gegangen war, ließ sein Fuß an ein Hinder-  
nis. Ein Schredlaut entfuhr ihm. Auf den Steinfliesen lag ein  
Mensch. Eine Frau. Er bückte sich nieder. Es war die aus der  
Sankt Michaels-Kapelle hinausgeworfene.

Der Soldat ließ zum Sakristan und berichtete ihm das Vorge-  
fallene. „Tot?“ fragte der Strämbdiener. Das habe er nicht fest-  
gestellt, antwortete der Soldat betroffen. Doch glaube er es wohl.  
Der Sakristan eilte in die Kapelle. Gegen seine ursprüngliche Ab-  
sicht folgte ihm der Soldat.

Über die Frau atmete.

Der Soldat kratzte sich, händigte dem Dombdiener den Kapellen-  
schlüssel aus und überließ ihm die Fürsorge für die Zusammen-  
gebrochene.

Sobald die schwarzgekleidete Frau wieder zum Bewußtsein ge-  
kommen war, wollte sie — um eines Namens willen — zu dem  
Buch mit den mehr als sechstausend Namen zurückkehren. Aber der  
Sakristan war weder durch gute Worte noch durch Geld zu be-  
wegen, das Gitter vor neuem aufzuschließen. So mußte die Ab-  
geworfene noch am 20. Oktober von Canterbury nach Wyke zurück-  
wandern.

Als der Soldat dem Kommandeur des Rent-Regimentes rappor-  
tierte, daß der ihm erteilte Befehl ausgeführt und das Buch in der  
Sankt Michaels-Kapelle ordnungsgemäß eine Seite weitergewendet  
sei, schrie der ihn an: „Lügell!“ und bewies die Unwahrheit des  
Rapportes durch die Seitennummer auf dem Rechtenblatt des vorher-  
gehenden Tages. Dem Soldaten blieb nur übrig, den Zwischenfall  
am Betspalt zu gestehen.

Der Kommandeur legte Gelo an. Bogab sich in die Sankt  
Michaels-Kapelle. Senkte vor dem Buch mit den sechstausendfün-  
hundertundeinundzwanzig Namen der Gefallenen des Rent-  
Regimentes, zur Sühne für das an ihm begangene Unrecht, den  
Kopf. Wachte höchst eigenhändig seine Blätter um. Bis endlich  
die rechte Seite zutage lag. Dann bogab sich der Kommandeur zu  
dem Erzbischof. Und es wurde vereinbart, daß — zur ungehinderten  
Durchführung des Erinnerungsdienstes der täglichen Blattwendung —  
künftighin das Gitter der Sankt Michaels-Kapelle — außer den  
Dienern der Kirche — nur noch den legitimierten Abgesandten des  
Rent-Regimentes sich öffnen solle; daß indessen den Angehörigen der  
Gefallenen, damit sie den berechtigten Bedürfnissen ihres Herzens  
Genüge tun könnten, vor dem Gitter der Sankt Michaels-Kapelle  
ausreichende Belegenheit geschaffen werden müsse, bequem und  
läublich zum Gebet niederzuknien.

So ist denn seit Jahren schon die Anwendung der Blätter des  
Gebetbuches in der Sankt Michaels-Kapelle zu Canterbury nach  
jener Weise, von welcher zahlreiche Zeitungen mit Ergriffenheit  
berichteten, Morgen für Morgen ohne Störung verlaufen, wird  
weiterhin — nun längst nicht mehr um der Lösung des licht-  
empfindlichen Pergaments, sondern um der Erinnerung willen —  
ohne Störung ihren Fortgang nehmen.

Dene kümmerlich gekleidete Frau, welche den sinnvollen Er-  
innerungsdienst am Morgen des 20. Oktober 1919 gefährdete, weil  
sie nicht an ein kostbares Buch, sondern nur an einen Menschen  
dachte, jene Mutter, die sich nicht an die sechstausendfünfhundertundein-  
undzwanzig Gefallenen des Rent-Regimentes erinnerte, sondern nur  
an den sechstausendfünfhundertundeinundzwanzigsten, der ihr Sohn  
war, hat ihr Vergehen nicht wiederholen können. Sie ist am Abend  
des 20. Oktober 1919, eine halbe Stunde Tages vor Wyke, im  
Straßengraben gestorben.

## Tuberkulose und Krebssterblichkeit.

In ihren Beziehungen zur sozialen Lage.

Von Dr. Kantorowitsch.

Die von einigen Hygienikern (Grosshain, Brinzing, Teletz u. a.)  
schon früher hervorgehobene und von Dr. Georg Wolff neuerdings  
statistisch bewiesene Tatsache, daß mit der zunehmenden Industriali-  
sierung und der damit vorhandenen Erhöhung des durchschnittlichen  
Wohlfandes die Tuberkulosesterblichkeit sinkt, wird von vielen Theo-  
retikern der Medizin damit erklärt, daß die dichtwohnende Industrie-  
bevölkerung mit Tuberkulose durchseucht und deshalb gegen häufigere  
Erkrankung immunisiert wird. Zum Teil ist das richtig. Aber nur  
zum Teil; denn andere genaue Untersuchungen haben z. B. ergeben,  
daß innerhalb der Großstädte, in Berlin, in London, in Paris,  
die Tuberkulosesterblichkeit in den Quartieren der dicht wohnenden  
Bevölkerung erheblich größer ist, als in den wohlhabenden

# Des Orients erste Kinderrepublik.

Von Erich Gottgetreu.

Die arabischen Dörfer leben an den Bergen Galileas wie Vogel-  
nester; man sieht sie nur aus der Höhe. Es war für ein paar von  
ihnen eine kleine Revolution, als dann plötzlich dieses Koor Yela-  
dim mitten ins Land gesetzt wurde mit seinen roten Dächern, euro-  
päischen Bauformen, sauberen Straßen, Gemüsegärten, Blumen, selb-  
stamen Bewohnern.

Das waren Kinder, Waisen. Ein grauenhafter Tod hat ihnen  
in der Ukraine die Eltern genommen: Das Judenpogrom. Der  
heimatlosen neues Heim auf palästinensischem Boden wurde darauf-  
hin mit Geld erbaut, das aus Südafrika kam.

Was machen sie hier. Eine Republik. Eine Kinderrepublik.  
Sicher ist es die erste und einzige im Orient, der von ihrer Existenz  
noch gar nicht weiter Notiz genommen hat, was ihr nur gut tut:  
Die Ferne jeder großen Stadt und die Besonderheit der ganzen Insti-  
tution verhindert eine Reklame, die noch nie genügt hat; man kennt  
sogar noch zu Hause. Hier haben sie also nur die Araber. In Ken-  
ger pressen sie die braunen Gesichter an den Saum, und einmal sind  
auf Kamelen die Würdigsten der Jeshalen selbst gekommen, um zu  
fragen, ob sie ihre Kinder nicht hier gleich miterziehen lassen könnten.

Der Vorschlag kann unmöglich Erfüllung finden. Koor Yeladim  
würde, mit anderen Menschen besetzt, seines Inhalts vollkommen be-  
raubt werden, seines Inhalts, für den die gewählte Form von  
E. Bugatschoff, einem berühmten russischen Pädagogen, gegossen  
wurde.

Die Form steht so aus: Hundert Kinder wohnen hier, lernen  
hier, arbeiten hier in allen Zweigen der Landwirtschaft, die dem  
Wert eingegliedert ist — es gibt sich das alles aber nicht so zufällig  
und von ungefähr, denn Palästina oder wenigstens die Emel-Land-  
schaft soll den Kindern die Heimat werden, die sie nicht mehr haben:  
ein internationales, pazifistisches Erziehungsideal ist national basiert,  
vermutlich richtig basiert... und ganz entsprechend klingt die Ver-  
fassung, aus der ein paar Sätze herausgegriffen seien:

1. Koor Yeladim ist ein Dorf von Kindern, Jungen und Mäd-  
chen, die hier ein gemeinsames Leben der Arbeit und der Kultur  
führen. Die Bürger des Dorfes gründen alle ihre Handlungen auf  
die Basis sozialer Gerechtigkeit und vollkommener Gleichberechtigung.
2. Die Bewohner des Dorfes setzen sich zum Ziel das Ge-  
belthen von Koor Yeladim durch gewissenhafte und intensive Arbeit.
3. Pflichten und Rechte der Bürger: a) Jeder der Einwohner von  
Koor Yeladim ist verantwortlich für das, was im Dorf geschieht.  
Er hat mitzuarbeiten. b) Vollkommenes Kennnis der Landwirt-  
schaft, auch ihre Theorie, wird gelehrt und muß gelernt werden.  
c) Jeder muß sorgfältig über das allgemeine Vermögen wachen.  
d) Jeder Bürger ist verpflichtet, an dem elementaren Unterricht teil-  
zunehmen, der die Voraussetzungen schafft zum Aufbau eines kulturellen  
Lebens.

Das heißt, daß auch die Schule eine große Rolle spielt: sie ist

Bestand. Diese letzte Tatsache zeigt also, daß der Durchseuchungs-  
faktor als biologischer Schutz gegenüber dem Wohlfandfaktor stark  
zurücktritt.

Dr. Georg Wolff ist es vor kurzem gelungen, durch sehr sorg-  
fältige mathematisch-statistische Berechnungen, über deren Ergebnisse  
er in der „Menschlichen Wochenschrift“ berichtet, die Abhängigkeit  
zwischen Wohnungsüberfüllung und Tuberkulosesterblich-  
keit im oben angeedeuteten Sinne nachzuweisen; hingegen fand Dr.  
Wolff, daß zwischen Krebssterblichkeit und Wohnungsüber-  
füllung nur eine unerhebliche Abhängigkeit besteht. Es ergab sich  
sogar mehrmals: je überfüllter die Wohnungen, um so geringer die  
Krebssterblichkeit oder umgekehrt. Versolgen wir diese Erkenntnis  
logisch weiter, so muß eine Abhängigkeit auch zwischen Krebs-  
und Tuberkulose vorhanden sein. Und diese besteht in der Tat insofern,  
als mit der sinkenden Tuberkulosesterblichkeit die Krebssterblichkeit  
steigt. Diese letzte Abhängigkeit ist wohl darauf zurückzuführen, daß  
der Krebs meist bei Menschen in höherem Alter vorkommt. Daß  
der erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose ist es gelungen, die  
Lebensdauer des Menschen wesentlich zu verlängern: es ist daher an-  
zunehmen, daß die Steigerung der Krebssterblichkeit durch die Ver-  
änderung der mittleren Lebensdauer zu erklären ist, da hierdurch ein  
immer größerer Teil der Lebenden in das „Krebsalter“ gelangt.  
Durch die Wolffsche Arbeit ist also die Bedeutung der Vererbung  
als primäre Ursache für die Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit  
verneint, hingegen die hohe Bedeutung der sozialen Lage in den  
Vordergrund gerückt worden. Dadurch hat sich Dr. Wolff nicht nur  
um die Medizin, sondern auch um die Sozialpolitik große Verdienste  
erworben. Für die Krebssterblichkeit ließ sich freilich ein ähnlicher  
Einfluß der sozialen Lage nicht nachweisen.

## Merkwürdige Steuern.

Von Ernst Edgar Reimerdes.

Zwar ist zu allen Zeiten, was die Erfindung von Steuern an-  
belangt, allerhand geistigt worden, die Türkei aber darf den  
zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, auf der Suche  
nach neuen Einnahmequellen auf eine ebenso ungewöhnliche, wie  
geschmacklose Idee verfallen zu sein: die Besteuerung der Gesund-  
heit! Demnach müssen alle türkischen Staatsbürger, welche sich  
einer guten Gesundheit erfreuen, eine Sondersteuer entrichten. Was  
ist dagegen Mussolini mit seiner neu eingeführten Junggeleiten-  
steuer! — Schon im alten römischen Reich entfalteten die Herrscher  
eine blühende Phantasie, wenn es sich um die Erfindung neuer  
Steuern handelte. Kaiser Vespasian (6—79 n. Chr.) besteuerte  
sogar die Kloaken. Als sein ältester Sohn Titus ihm deswegen  
Vorwürfe machte, wies er ihn, indem er ihm einige aus der Abgabe  
herstammende Geldstücke hinhielt, mit dem berühmten gewordenen  
Auspruch zurück: „Non olet“ (Es riecht nicht). Um dem Unmut  
über neue Steuern Ausdruck zu verleihen, pflegt man zu sagen,  
nur noch des Einmalen der Lust sei steuerfrei. Dabei wissen die  
wenigsten Menschen, daß es schon einmal eine Luststeuer gegeben  
hat. Michael IV., der Paphlagonier, der normalige Kammerdiener  
Romanos III., den er im Bade erdrückte hatte, war der Erfinder  
dieser merkwürdigen Abgabe. Für das Vergnügen, in seinem  
Reiche atmen zu dürfen, mußten seine Untertanen ein „ventigal  
serum“ entrichten. — Eine Kopfsteuer hat es bereits bei den  
Franken gegeben. In Schweden hieß sie Rosensteuer und sie soll  
der Nüchternheit nach vom Württemberger Ddin selbst eingeführt worden  
sein. Vermutlich handelt es sich dabei um eine Tempelsteuer, d. h.  
einen Beitrag zum Unterhalt der Opfer. — Am Ende des 13. Jahr-  
hunderts erhoben die Herzöge von Bayern infolge der ständig zu-  
nehmenden Hofhaltungskosten und der vielen Kriege sog. Rost-  
steuern vom Ertrag des Getreides und auf den Besitz von Vieh.  
Für ein Pferd oder einen Zugochsen wurden 2 $\frac{1}{2}$  für ein Rind 15

nicht mechanisch, schematisch, sondern, um die jeweiligen jahreszeit-  
lichen Interessenphären treffend, an das Natur- und Bauernleben  
angegliedert — wie es die moderne Pädagogik erfordert. Doch man  
den Schulzwang in die Verfassung aufnehmen, gewinnt insofern eine  
gewisse symbolische, auch kuriose Bedeutung, als heute in Palästina  
der Schulunterricht noch gar nicht obligatorisch ist — nicht anzu-  
nehmen, daß von den Zehntausenden von jüdischen Familien, die in  
den letzten Jahren hier eingewandert sind, auch nur eine einzige ihre  
Kinder nicht in die Schule schickt.

Das ganze Dorf wählt alle drei Monate eine Art Exekutivkomitee  
mit sieben Mitgliedern. Dieses Komitee führt die inneren Geschäfte.  
So macht der eine Junge über die „öffentliche Ordnung“, der andere  
über die „Volksgeundheit“, ein Mädchen über die „Volkswohlfahrt“,  
ein anderes über die Verwaltung der Finanzen. Die „Regierung“  
organisiert fernerhin die Arbeit, die ja in genügendem Maße ver-  
schafft wird von einer Domäne, welche tausend Dunam umfaßt —  
das sind neunhunderttausend Quadratmeter — und die hundert  
Kinder und auch noch ein paar Erwachsene ernähren soll. Wenn  
drei Monate abgelaufen sind, muß der Rat der Sieben öffentlich  
Rechnung ablegen, auf die Kritik der anderen antworten, sich über-  
haupt verantworten.

Verantwortung, Selbstverantwortung — das ist das Wesent-  
liche. Die Kinder haben zum Beispiel auch ein Gericht, Bugatschoff  
ist Präsident, aber Klage, Segenrede, Verteidigung ist Sache der  
Kinder, denn es geht ja immer nur um die eigene Sache; es zeigt  
sich da, daß die Kinder dann, wenn sie sich als Glieder eines Kollektivs  
fühlen, durchaus nicht grausam sind (noch nie wurde eine  
„Strafe“ von diesem Gericht verhängt); sie haben ja mit Macht und  
Glaubwürdigkeit keine Kinderwertigkeitsgefühle zu verdrängen.

Gibt Kindern Autonomie nur in der Schule — es ist eine proble-  
matische Sache! Hier, wo sie alles haben, selbst Sorgen, wenn auch  
nicht die allerersten, hier, wo sich von morgens bis abends alles  
in Totalität des gleichen Wertes fügt, ist es eine gute und richtige —  
männ auch keine neue: schließlich hat schon zu Beginn des neun-  
zehnten Jahrhunderts Thomas Arnold, ein Engländer, die Weisheit  
des Schulstaats gefordert, und schließlich ist der seitdem in Amerika,  
England, Deutschland und Sowjetrußland auch öfters verwirklicht  
worden, kaum allerdings jemals im Orient.

Dafür wurzeln die Kinder von Koor Yeladim nun vollkommen  
im Heute. Sie geben sogar eine vierzehntägig erscheinende eigene  
Zeitung heraus, fünf Jungen und Mädchen redigieren sie selbst.  
Begabte Illustrieren. Die neunzehn ersten Nummern fanden vier-  
undsechzig Mitarbeiter. Die Blätter sind von einer rührenden  
Rohheit und, ohne an einer einzigen Stelle weislich oder klugig zu  
sein, von der stillen Größe guter Herzen.

Es gibt keine schönere Zeitung.

Es gibt keine schönere Republik.

und für ein Stück Schmalz 5 Pf. erhoben. Der Klerus lehnte  
sich gegen diese Steuer auf und drohte mit Fann und Unterbitz.  
Nach viel und Städte erlangten manchen durch Drohung  
Bestellung von ihr. 1274 legte Rudolf I. den Städten sogar für die  
Kosten eines Reichstages eine Hofsteuer auf. — Eine merkwürdige  
Steuer, die in Medienzeug erst seit der Revolution verschwand  
ist, war die aus dem 13. Jahrhundert stammende Brünzessener-  
steuer. Sie wurde zuerst anlässlich der Vermählung der ehemaligen  
Kronprinzessin Cäcilie in Höhe von 50 Pf. von jedem Haushaltungs-  
vorstand erhoben.

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in den ver-  
schiedenen Kleinstaatzen die verschiedenartigsten Steuern, wie Jung-  
frauensteuer, Junggeleitensteuer, Heiratssteuer, Erbsteuer, Schatz-  
steuer, Karottensteuer, Perückensteuer und Bariersteuer, die dadurch  
aufgebracht wurde, daß jeder Einwohner jährlich eine bestimmte  
Menge Abfuhr aus den betreffenden fürstlichen Apotheken kaufen  
musste. Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel, der durch den  
Verkauf seiner Landestinder für fremden Heeresdienst zu trauriger  
Verühmtheit gelangt ist, führte zur Unterhaltung seiner Wäldereien  
den sog. Salzheiler ein. — In Bayern mußte unter Maximilian  
Joseph III. für die Erlaubnis zur Heirat eine Abgabe entrichtet  
werden. Diese Heiratslizenzen brachten jedes Jahr etwa 150 000  
Gulden ein.

Natürlich gab es auch in außerdeutschen Ländern zahlreiche  
Steuerturios, so in England eine Haarpuddelsteuer, die bis in die  
neueste Zeit hinein erhoben worden ist, eine Lichtsteuer und eine  
Fenstersteuer, die erst 1851 aufgehoben wurde. (In den Nieder-  
landen besteht sie heute noch.) Eine der merkwürdigsten Steuern  
gelangte 1644 in England zur Einführung, dort mußte jede Familie  
wöchentlich eine Maßzeit ansaufen lassen und den Betrag dafür  
an die Staatskasse abliefern. Natürlich war eine solche Steuer nur  
in Zeiten großer Not möglich, wie sie damals in England herrschte.

## Die Macht der Kleinen.

Wie paar Jahre hat der Mensch das plötzliche und  
scheinbar unerklärliche Auftreten kleinerer Schädlinge anzu-  
kämpfen. In der Regel ist er gegen die ungeheuren Scharen solcher  
kleiner Insekten, die über seine Wälder und Felder herfallen, ziem-  
lich machtlos; er muß zusehen, wie große Werte vernichtet werden,  
bis den kleinen Schädlingen die Nahrung ausgeht oder deren natür-  
liche Feinde sich so vermehrt haben, daß die Schädlinge wieder auf  
ein erträgliches Maß herabgemindert werden. Fast immer ist die  
Wohlfandmittelung solcher Schädlinge darauf zurückzuführen, daß  
die Kulturen „einseitig“ sind, daß z. B. weite Strecken nur mit  
Fichten bewachsen sind. Fichtenschädlinge finden in einer solchen  
Gegend natürlich geradezu ein Dorado, haben Nahrung in Hülle und  
Fülle und vermehren sich entsprechend in einem solchen Umfang,  
daß für die Fichtenschädlinge über kurz oder lang eine Katastrophe  
hereinbricht. Ein solcher Fall hat sich z. B. vor einiger Zeit im  
Waldbesitz des Reichsgräflichen zugetragen, in dem sich im Verlauf  
von fünf Jahren die Borkenkäfer in solchen Massen entwidelt haben,  
daß eine Riesentatostrophe eingetreten ist. Man hatte 700 000 Fest-  
meter schlagbares Fichtenholz über das zufällige Abtriebsalter hinaus  
stehen lassen. In diesen zahlreichen alten Stämmen fand der sog.  
Buchdrucker, unter häufigster Borkenkäfer, die denkbar günstigsten  
Lebensbedingungen. Da niemand etwas zur Bekämpfung der unter  
der Rinde lebenden Käfer tat, vermehrten sie sich in dem alten  
Waldbestand ungeheuerlich. Ausgedehnte Fichtenbestände wurden  
dann von ihnen in kurzer Zeit zum Absterben gebracht. In einem  
von den Käfern befallenen Bestand von 90 000 Festmeter Holz  
zählte man auf einem einzigen Baumstamm nicht weniger als  
80 000 Käfer, Käferlarven und Puppen. Die befallenen Bestände  
mußten natürlich abgeholzt und die Stämme schleunigst abtransportiert  
werden.



# GROSSER PUTZ- und KONFEKTIONS-VERKAUF

verbunden mit  
 Modenvorführungen in den Häusern  
 Leipziger Str. Alexanderplatz  
 Frankfurter Allee, Belle Alliance-Str.



Modellhut Ausstellungen  
 in allen unsern Häusern

## Damen-Hut 7<sup>50</sup>

Wollwaren

- Ueberziehjäckchen für Damen, reine Wolle, weiss oder farbig... 3<sup>25</sup>
- Ueberziehjäckchen weiss, mit farbig gestreift... 3<sup>75</sup>
- Damen-Pullover Kunstseide, in modernen Farben... 4<sup>75</sup>
- Jumperkleid für Damen, Lumberjack mit Rock, gestreift, in verschiedenen kleidenden Mustern... 19<sup>75</sup>

## Damen-Wäsche

- Schlüpfer Kunstseide, gute Qualität, in vielen Farben... 1<sup>95</sup>
- Schlüpfer Kunstseide, gestreift... 2<sup>95</sup>
- Unterkleid Kunstseide, grosses Farbortiment... 2<sup>95</sup>
- Unterkleid Kunstseide, gestreift... 3<sup>90</sup>
- Hemd hose Kunstseide, gute Qualität, reich mit Spitzen garniert... 3<sup>90</sup>
- Schlüpfer-Hemd hose Kunstseide, moderne Form... 5<sup>50</sup>
- Trägerhemd guter Wäscheoff, reich garniert... 1<sup>95</sup>
- Nachthemd moderne Form... 2<sup>45</sup>
- Bubi-Nachthemd mit farbigem Kragen... 2<sup>75</sup>

## Damen-Kleidung

- Kleid aus Tricot charmeuse 19<sup>75</sup>  
mit Blusenappereil, Crêpe de Chine-Garnitur, jugendliche feiche Form
- Shetlandmantel 29<sup>50</sup>  
ganz auf reissendenem Crêpe de Chine, feiche Form, wehrfähig
- Kashamantel 49<sup>50</sup>  
ganz auf Crêpe de Chine, moderne Herren-Fasson, in schönen Farben
- Pullover 9<sup>75</sup>  
schwarze Kunstseide, gestreifte Dessins, mit langen Ärmeln und Kragen
- Lumberjack 19<sup>50</sup>  
Wolle mit Metall durchwirkt, in vielen Farben, besonders preiswert

- Kieler Pyjacks zum Ueberzieh... 8<sup>75</sup>  
für ca. 2 Jahre  
Jed. weit Gr. 78 Pf., ab Gr. 71,25 mehr
- Kieler Wollanzug mit verarbeitet... 9<sup>75</sup>  
für ca. 2 Jahre  
Jed. weit Gr. 78 Pf., ab Gr. 71,25 mehr
- Matrosenkleid guter Wollcheviot... 9<sup>75</sup>  
für ca. 4 Jahre  
Jede weitere Grösse 1,00 mehr
- Mädchen-Mantel aus prakt. imprägn. Stoffen... 13<sup>75</sup>  
für ca. 6 Jahre  
Jede weitere Grösse 1,25 mehr

## Damen-Hut 7<sup>90</sup>

Damen-Strümpfe

- Damen-Strümpfe prima Seidenstoff, feinstgige Qualität... 1<sup>65</sup>
- Damen-Strümpfe prima künstliche Wäsche... 2<sup>45</sup>
- Bemberg-Strümpfe (künstliche Paar 3 Paar Wäsche) 3<sup>75</sup> 10<sup>75</sup>
- prima Qualität, Goldstempel... 4<sup>25</sup> 12<sup>00</sup>
- Uebergangsstrümpf... 4<sup>25</sup> 12<sup>00</sup>  
mit pa. Seidenfaser unterlegt, alle Grös. u. Farben

## Hertie-Strümpfe 2<sup>75</sup>

Damen-Handschuhe

- Leinen oder Schwedisch imitiert mit Umschlagmanschette... 85<sup>pc</sup>
- Leinen imitiert Spezialqualität „Hertie“ mit 2 Druckknöpfen... 1<sup>45</sup>
- Leder-Imitation mit eleganter Manschette... 2<sup>45</sup> 1<sup>95</sup>
- Glacé farbig, mit 2 Druckknöpfen... 2<sup>90</sup>
- Echt schwedisch Leder mit 2 Perlmutterknöpfen, farbig... 3<sup>90</sup>
- Glacé mit moderner Umschlagmanschette... 4<sup>90</sup>

# HERMANN TIETZ

Zur grossen Ausstellung  
**Die Ernährung**  
 5. Mai bis 12. August 1928  
 ist der  
**Vorverkauf eröffnet**  
 für  
**Familienkarten**  
 zu ermäßigtem Vorverkaufspreis von 3.- Mark,  
 berechtigend zum einmalig gleichzeitigen Besuch für zwei Erwachsene und zwei Jugendliche bis zu 18 Jahren oder für drei Erwachsene. Zusatzkarten für Jugendliche zu 25 Pf. können bis zu drei Stück pro Familienkarte an den Tageskassen der Ausstellung hinzugelöst werden.  
 Sichern Sie sich diese nur bis zum 30. April gewährte Vergünstigung  
 durch Kauf der Karten beim  
 Verkehrskiosk Unter den Linden - Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin - Charlottenburg 9, Königin-Elisabeth-Strasse 23 und bei sämtlichen Berliner Filialen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend,  
 der Firma Loeser & Wolff, sowie bei den Verteilungsstellen des Beamten - Wirtschaftsvereins.

Donnerst., 15.3.28  
**Staats-Oper**  
 Am Pl. d. Republ.  
 7 1/2 Uhr  
**Die Nacht des Schicksals**  
 Staats. Schauspiel.  
 im Landestheater  
 8 Uhr  
**Prinz Luitpold Ferdinand**

Donnerst., 15.3.28  
**Städtische Oper**  
 Bismarckstr.  
 8. U. L. Ad. 7  
**Margarete**  
 Staatl. Schillerth.  
 Charlottenburg  
 8 Uhr  
**Das Duell am Lido**

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
 Lothringer Str. 37.  
**Doktor Klaus.**  
 Ausschneiden: Gutschein 1-4 Pers.  
 Faustteil nur 1,75 M., Sessel 1,50 M.

**Komische Oper** 8 1/2 Uhr  
**James Klein's**  
 gewaltiges neues  
**Revue-Stück:**  
**Zieh' dich aus!**  
 200 Mitwirkende.  
 Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

**SCALA**  
 Nollendorf 7380  
**Enrico Rastelli**  
 und weitere internationale  
**Variété-Attraktionen.**

**CIRCUS BUSCH**  
 7 1/2 Uhr:  
 Vollständig neue  
**Circus-Attraktionen.**  
**Bradford La Roche**  
**Leinert's**  
 8 Uhr: Wasser-Naessgeschwindigkeit.  
**Die Rosen des Herrn von Bredow**  
 Ein helteres Spiel a. d. Mark. u. a.  
 Der Gespaltene Wald - Das gr. Kaffeehaus.

**Deutsches Theater**  
 Norden 12310  
 Abonnementsbüro:  
 Norden 10335-39,  
 1/2 U., Ende nach 10  
**Zwölftausend**  
 Sonntag, den 18.  
 nachm. 4 Uhr  
**Zinsen**  
 Preise 1-7 M.

**Die Komödie**  
 Bismarck 2414/2516  
 1/2 U., Ende 10 1/2 U.  
**Marcel Fredelin**  
 (Der Easuch)

**Kammerspiele**  
 Norden 12310  
 1/2 U., Ende nach 10  
 Finden Sie, daß  
 Coenraet sich richtig  
 verhält?

**Berliner Theater**  
 Direktion Kuhnert  
 Nollendorfstr. 11, Tel. 170  
 8 1/2 Uhr  
**Max Adalbert**  
 Der Herr von ...

**Piscatorbühne**  
**Theater am Nollendorferplatz**  
 Kurtfähr 2091/93  
 Anf. 8, Ende geg. 11  
**Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk**  
 mit Max Pallenberg  
 ast. Erwin Piscator

Gastspiel im  
**Lessing-Theater**  
 Norden 12798  
 Täglich 8 Uhr  
**„Singende Galgenvögel“**  
 von Union Sinclair  
 Uebermorgen 8 Uhr  
**Hoppla, wir leben!**

**Flucht**  
 von John Galsworthy  
 10 1/2 Uhr  
**Komödienhaus**  
 Norden 6304  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Broadway**

**Rose-Theater**  
 Gr. Frankl. Str. 122  
 8 1/2 Uhr  
**Der Flegler**

**Grosses Schauspielhaus**  
 Anfang 8 Uhr  
**REGIE: CHARELL**  
**DOMPADOUR MASSARY**  
 Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

**Renaissance-Theater**  
 Steinplatz 901.  
 8.10 Uhr  
**Coeur Bube.**

**Sachsenburg-Bühnen**  
 Ota. Künstler-Th  
 8 Uhr  
**Die goldne Meisterin**

**Walthala-Th.**  
 Weinbergsweg 19/20  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Absteigequartier**  
 Schwank in 3 Akten  
 jugendliche Mann Welt!  
 Vorzeiger dieses  
 zahlen für Parken  
 auch Sonntags statt  
 1.- Mk. nur 60 Pf.

**Wintergarten** 8 Uhr  
  
**Otto Reutter**  
 und das  
 gr. Programm

**Theater am Kottbuser Tor**  
 Kottbuser Straße 6. Tel. Mpl. 16077  
 Täglich 8 Uhr  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr.

**Elite-Sänger**  
 im März-Spielplan d. gr. Schläger  
**„Ob diese Schwiegeröbne“**  
 Volkstück in 1 Akt.  
 Feiner, Schorsch, Ruselli, der Molter  
 der Komik in „Frühlingstraube“

**Reichshallen-Theater**  
 8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.  
 Das wundervolle Progr. der  
**Stettiner Sänger**  
 nachm. ermä. Preise  
**Wöhlf-Brett's**  
 Illustriertes Variété-Programm!  
 Tanz! Anfang 8 Uhr, 11/2, 5 1/2

**PISCATOR-BÜHNE**  
 Gastspiel im  
**LESSING-THEATER**  
 Neueinstudierung. Nur 10 Aufführungen  
 Sonnabend, den 17. März 1928, abends 8 Uhr:

**„Hoppla, wir leben!“**  
 von ERNST TOLLER  
 Inszenierung: Erwin Piscator  
 Binder, Eisenberg, Dammert, Löbinger, Stobrawa, Wellhoener, Biesert, Busch, Fischer, Genchow, Granach, Greif, Hannemann, Herm, Hollmann, Kaiser, Katsch, Keplich, Lindberg, Oberländer, Roth, Schäfer, Stockel, Venohr, Weise.

Bis zum 17. d. M., täglich 8 Uhr:  
**„Singende Galgenvögel“**  
**THEATER AM NOLLENDORFPLATZ**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk**  
 mit Max Pallenberg  
 Inszenierung: Erwin Piscator  
 Vorverkauf a. d. Theaterkassen u. allen bekannten Vorverkaufsstellen

**Theater des Westens**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Zigeunerbaron**  
 Kuria a. G. (Wien)  
 Hofbauer, Fleischler  
 Hofbauer, Wiesner,  
 Bratsky, Brandt

**Residenz-Theater**  
 Tägl. 8 1/2 Uhr:  
 Kein Polizeiverbot  
**Oskar Ebbelsbacher**  
 in  
**Schule der Liebe**  
 franz. Schwank in 3 Akten  
 Für Jugendl. verb.  
 für Festspiele halbe Preise  
 Sonntag 3 1/2 Uhr  
 halbe Preise  
**Schule der Liebe**

**Theater i. d. Lützowstr.**  
 Tel. Kurt. 9209-10.  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Bennet**  
 contra  
**Aschenbrödel**  
 12 Bilder mit Jazz-  
 musik  
 Wet, Pabst, Kays-Dir.  
 Kahl, Kahl, Durrer, Durrer

**Th. im Admiralspalast**  
 Letzter Monat  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**HALLER-REVUE**  
**„Wann und wo“**

**Planetarium am Zoo**  
 Verles. Sachverhalte  
 Noll. 1579  
 15 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr  
**Der Sternhimmel der Heimat**  
 Elseritz i. M.  
 Ende mit 15 Min. 1.30 u.

**Thalia-Theater**  
 Dresden Str. 72-73  
 8 U.: Das Kamel geht durch das Radelthor

**Wo spielt man?**  
 8 U. N. 11.15 U. 7 U. u. r.  
**Gross-Berlin**  
 Alexanderplatz

**2. Sonntag**  
 3 Uhr u. 8 1/2 Uhr  
 1. abn. 6 Uhr  
 2. abn. 8 1/2 Uhr  
 3. abn. 10 1/2 Uhr  
 4. abn. 12 1/2 Uhr

**Volksbühne**  
 Theater am Schloßplatz 7 1/2 Uhr  
**Peer Gynt**

**Metropol-Th.**  
 Zentrum 125 24  
 8 1/2 Uhr  
**Der Graf von Luxemburg**  
 Sapp, Sapp, Sapp,  
 Sapp, Sapp, Sapp, Sapp,  
 Sapp, Sapp

**Der Zigarettenkasten**



# Groeners Programm.

## Der Reichswehrretai vor dem Reichstag.

Am Reichstag erfolgte gestern die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Die Beratung beschränkte sich zunächst auf das Landheer.

### Reichswehrminister Groener:

Im Haushaltsausschuss habe ich schon zu den meisten Fragen mich äußern können. Heute will ich nur grundsätzlich Stellung zu den Hauptproblemen der Reichswehr nehmen. Diese Probleme sind einmal die Wehrpolitik und die sich daraus ergebenden Forderungen, und zweitens die politische Haltung der Reichswehr an sich. Im Ausschuss waren die Parteien von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten einig in dem Bekenntnis zur Notwendigkeit des bewaffneten Landeschlusses. Aus einzelnen Bemerkungen des preussischen Ministerpräsidenten in seiner Rede möchte geschlossen werden, daß ich die Absicht vertrete, die militärischen Gesichtspunkte müssen den politischen vortaussehen. Das ist nicht der Fall. Nicht die militärischen Sachverständigen haben über unser Heerwesen zu entscheiden, sondern Regierung, Reichstag und Reichsrat. Der Soldat ist dabei nur Berater und Anrater. Ich gebe in dieser Auffassung konform mit dem preussischen Ministerpräsidenten, aber für mich kann in der Frage des Panzerkrieges nicht die preussische Regierung maßgebend sein, sondern nur die Reichsregierung, die in ihrer Gesamtheit dem ablehnenden Beschluß des Reichstags gegenüber die Forderung des Panzerkrieges in einer Doppelforderung aufrecht erhalten hat.

In den letzten Jahren hat sich die Technik so vervollkommen, daß ein modernes Panzerschiff von 10 000 Tonnen sehr wohl seine Aufgaben erfüllen kann.

Die Marineleitung will nicht etwa bauen, nur um den Verfall der Flotte auszuwachen, aber sie geht mit mir davon aus, daß eine modernisierte Flotte für den Schutz unserer Grenzen von größter Bedeutung ist. Wenn die Marine und die Oberbefehlshaber gleichmäßig überfordert werden sollten, dann würde das Panzerschiff eine sehr wertvolle Ergänzung unserer Landstreitkräfte sein.

Wenn es uns gelingt, die Grenzen zu schützen, bis die internationalen Instanzen eintriften oder bis das sogenannte Weltgewissen sich regt, dann würden Landheer und Marine ihren Zweck voll erfüllt haben.

Ist erst deutsches Gebiet verlorengegangen, dann ist es sehr schwer wiederzugewinnen. (Beifall.) Die Schwächigkeit der Grenzen ist ein Anreiz für unruhige Geister. Mit Militarismus hat dieser von mir vertretene Standpunkt nichts zu tun. Ich bekenne mich, wie wohl die Mehrheit der Kriegsteilnehmer, zu einem gesunden, vernünftigen Pazifismus, allerdings nicht zu dem, der einer tnechtlichen Gesinnung entspringt. Die Wehrpolitik ist die Dienerin der Außenpolitik; ich kann aber nicht eine ungünstige außenpolitische Wirkung aus der Bemittlung des Panzerkrieges erwarten; ich kann mir nicht denken, daß die kleine deutsche Wehrmacht irgendwo als Druck empfunden wird.

Eine so kleine Wehrmacht erfordert aber das Beste vom Besten in bezug auf Menschen, Ausbildung und Bewaffnung. Bei den Reichswehrangehörigen muß der größte Wert gelegt werden auf gute Auswahl, Ausbildung und Erziehung. Meinem Amtsvorgänger und dem ersten Ober der Heeresleitung gebührt Dank für die vorzügliche Arbeit in dieser Beziehung. Gegenüber dem Reichstag werde ich stets Wahrheit und Klarheit in Reichswehrrangelegenheiten an den Tag legen.

Meine größte Aufgabe wird es sein, die Angehörigen der Reichswehr zum Staatsgedanken zu erziehen (Beifall), zum rücksichtslosen Gehorsam gegenüber der Verfassung und den verfassungsmäßigen Instanzen.

Die überparteiliche Stellung der Reichswehr muß gewahrt werden. Darum werde ich auch rücksichtslos einschreiten gegen jede Entfremdung und jede Taktlosigkeit eines Angehörigen der Reichswehr. (Beifall.) Die Reichswehr soll sich das höchste Ansehen erlangen nicht durch den Ehrgeiz nach kriegerischen Lorbeeren, sondern durch den ehrlichen Willen, dem Frieden zu dienen und nur dem Frieden. Dazu bedarf ich der Unterstützung des Parlaments und der Presse. Ich werde jederzeit dankbar sein für vernünftige Kritik und berechtigte Klagen, denen ich nachgehen kann. Die Reichswehr muß bewahrt werden vor Sensationen.

Kein Angehöriger der Reichswehr darf Anlaß geben zu einer öffentlichen sensationellen Kritik, wie es in der Vergangenheit so häufig vorgekommen ist.

Ich werde dafür sorgen, daß solche Reichswehrrangehörigen verschwinden.

Es folgt die Rede des Abg. Künstler (Soz.), die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Abg. Graf von der Schulenburg (Dnat.) verteidigt zunächst die besonders hohen Kosten der Reichswehr, die der eigenartigen Lage Deutschlands entsprechen, und führt dann zum Kapitel Beförderung und Erziehung u. a. aus: In der so wünschenswerten Offiziers-

beförderung aus dem Unteroffiziersstande sehen wir vor einem höchst bedauerlichen Dilemma. Die aus dem Unteroffiziersstande kommenden Bewerber erliegen meistens in der Konkurrenz um die wissenschaftliche Bewertung. Wir hoffen aber, daß auch Ausnahmen gemacht werden und überragend befähigte Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden. Je kleiner das Heer ist, um so einheitlicher, geschlossener muß das Offizierskorps sein. Der Adel soll nichts voraus haben, er soll aber auch nicht schlechter behandelt werden. Ohne die Pflege der Tradition kann unser Heer nicht bestehen. Gerade der Offizier ist ihr Träger. Den Herren Dr. Gehler und Generaloberst v. Seeckt wissen wir für ihre Tätigkeit und ihre Verdienste um die Reichswehr unseren Dank. Mit politischer Betätigung will das Heer, wollen die Offiziere nichts zu tun haben.

### Monarchie oder Republik ist nicht die Tagesfrage.

Die Reichswehr kann niemals eine Angriffsarmee sein, sondern hat die defensive Bestimmung, unsere Grenzen zu schützen. Weber Frankreich nach Belgien nach Polen noch irgendein anderes Land sind durch Deutschland bedroht. Zeit sollen wir auch noch moralisch entwaschen! Den deutschen Geist, der unserem ganzen Volke eigen ist, wird man aber niemals zerbrechen können. Auch meine Partei stimmt einer friedlichen Verständigung durchaus zu. Dieser schwierige und langwierige Weg wird für uns aber nur dann zu Erfolgen führen, wenn unser Volk dabei seine politische, seine nationale Freiheit auf dem Boden voller Gleichheit zurückgewinnt. Auch Deutschland muß das Recht und die Freiheit erhalten, seine Landesverteidigung so aufzubauen, wie es den großen Werten entspricht, die in seinem Lande zu sichern und zu schützen sind.

Abg. Erlang (R.) dankt im Namen des Zentrums dem aus dem Amte geschiedenen Minister Dr. Gehler. Wenn seine Amtsführung manchmal scharfe Kritik fand, so sei das erklärlich durch die besonderen Verhältnisse, die in der schwierigen Uebergangszeit bestanden. Das Zentrum hoffe, daß General Groener das Werk der Ausgestaltung unserer Wehrmacht mit dem gleichen Pflichtbewußtsein wie seine Vorgänger fortsetzen werde. Die vom Reichsrat unter preussischem Einfluß beantragten Abstriche beim Wehretat seien wohl in der Hauptsache nicht auf den Willen zur Sparsamkeit zurückzuführen. Die preussische Regierung sei im eigenen Hause auch nicht sehr sparsam. Der Streichungsbescheid des Reichsrats entwirre weniger schädlichen als politischen Motiven. Die sozialdemokratischen Streichungsanträge würden den Erfolg haben, daß die Reichswehr schlecht ausgerüstet ist. Dann wäre es konsequenter, überhaupt die Abschaffung der Reichswehr zu beantragen.

Abg. Brünnhans (D. Sp.) schließt sich den anerkennenden Worten des Vorredners für den früheren Reichswehrminister an und fährt dann fort: Es bleibe an dem Ehrgefühl der Offiziere und Soldaten zweifeln, wenn man ihre

### Treue zum heutigen Staat

in Zweifel ziehen wollte. Doch diese Zweifel unberechtigterweise immer wieder in der Presse ausgesprochen werden, kann nicht gerade die Empfindlichkeit der Reichswehrrangehörigen für diese Presse und die hinter ihnen stehenden Kreise steigern. Der Redner erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem vom Minister Groener vertretenen Auffassungen über seine Aufgabe. Deutschland kann mit seiner kleinen Wehrmacht keinen Angriffskrieg führen, kann damit vielleicht kaum seine Neutralität verteidigen, und da redest man noch von einer deutschen Gefährdung des in Waffen stehenden Frankreich. Angesichts

der gewaltigen Aufrüstung durch das neue Rekrutierungsgebot hat die Befehung des deutschen Rheinlandes jeden Sinn verloren. (Beifall.) Bei der Zusammenlegung des Offizierskorps darf kein Stand bevorzugt werden oder man darf auch den Adel nicht benachteiligen. Den ausscheidenden Offizieren muß Gelegenheit gegeben werden, dem Staat in irgendeiner Form weiterzudienen. Die Verlegung der ausscheidenden Soldaten wird erleichtert durch die passive Resistenz, mit der Sozialdemokraten in den Krankenkassen und anderen Institutionen die Anstellung der Verlegungsanwärter verhindern. Parteipolitik muß aus der Reichswehr ferngehalten werden. Die Frage der wünschenswerten Beförderung tüchtiger Unteroffiziere zu Offizieren ist mehr eine Frage der Schulfenntnisse. Man kann nicht mit dem Abg. Künstler sagen, daß durch Verzicht auf das Abiturientenexamen das Bildungsniveau des Offizierskorps nicht herabgesetzt werde. Gegenüber den Angriffen, die beim vorjährigen Esat gegen die Reichswehr gerichtet worden sind, ist heute ein erfreulicher Fortschritt in der Beurteilung auch seitens der Linken festzustellen. Wir wünschen jedenfalls, daß die Reichswehr immer mehr ein brauchbares zuverlässiges Instrument in der Hand des Staates wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.) erklärt, er habe trotz scharfer scharfer Gegenfälle große Verehrung für den ausgeschiedenen Minister. Dr. Gehler sei es leider nicht gelungen, sein bei der Amtsübernahme im März 1920 verkündetes Programm zu verwirklichen.

Der Redner verliest Teile dieser Programmrede, in der Dr. Gehler u. a. den Willen ausdrückt, beim Offiziersrat in erster Linie diejenigen zu berücksichtigen, die offen für Demokratie und Republik eingetreten sind.

Vielleicht hätte sich die Reichswehr besser entwickelt, wenn nach dem Rapp-Butsch nicht die Sozialdemokraten den Radikalismus als Wehrminister verlangt hätten. Dem neuen Minister Groener, so erklärt der Redner, bringen wir ein hohes Maß von Vertrauen entgegen. Der Rede des deutschnationalen Abg. v. d. Schulenburg können wir in vielen Punkten zustimmen. Wir erstreben als Voraussetzung der allgemeinen Befriedung ein gutes deutsch-französisches Verhältnis. Das kann aber erst erreicht werden, wenn das offizielle Frankreich eine andere Haltung zu uns einnimmt und aufhört, das entwickelte Deutschland als eine Gefahr für Frankreichs Sicherheit zu behandeln. Für Frankreich gebe es nur einen Schutz, eine wirkliche und aufrichtige Verbündung mit uns herzustellen und uns das zuzubilligen, was unser gutes Recht ist. Der Geist der Wehrhaftigkeit, der Wille zur Verteidigung des Vaterlandes lebt in der republikanischen Wehrheit unseres Volkes und auch in den vernünftigen Basisten. Wir freuen uns des Bekenntnisses des Ministers Groener zum vernünftigen Pazifismus. Wir erwarten, daß jede Verbindung der Reichswehr mit politisch unzuverlässigen Verbänden verhindert wird. Der Ruffhäuserbund mag in seiner Leitung loyal sein, wenn diese Leitung aber nicht Beschlüsse der Unterorganisationen verhindern kann, die sich gegen die Reichsfarben richten, dann kann auch eine Verbindung dieser Organisation mit der Reichswehr nicht geduldet werden. In der Reichswehr muß mit der Erziehung zur Republik endlich Ernst gemacht werden. Wir wollen die Armees nicht politisieren, aber der Offizier muß mit dem Wesen des republikanisch-demokratischen Staates vertraut gemacht werden damit er stolz sein kann auf den Staat und die Staatsform, die er verteidigen soll.

Abg. Colb (Bayr. Sp.) schließt sich den anerkennenden Worten für die Tätigkeit des früheren Ministers Dr. Gehler an. Er begrüßt die Ausführungen des Ministers Groener und unterstreicht die Erklärung, daß die Kriegsteilnehmer sich zu einem gesunden Pazifismus bekennen, der keineswegs den Willen zur Landesverteidigung ausschließt. Der Redner stimmt auch den Ausführungen des Ministers darin zu, daß die Reichswehrrangehörigen zur Staatsgewinnung erzogen werden müßten. Gesinnungsschwäche müsse freilich unterbleiben.

Um 19¼ Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

# Preußens Kulturpolitik.

## Der Unterrichtsminister über den republikanischen Kurs.

Der Landtag nahm am Mittwoch die zweite Lesung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vor, die in vier Abschnitten vorgenommen wird. Zum ersten Abschnitt Volksschulen und Kirche berichten aus dem Hauptausschuss die Abgg. Dr. Steffens (D. Sp.), König-Sminemünde (Soz.) und Graue (Dem.). Danach nimmt sofort das Wort

### Kultusminister Dr. Becker:

Zu Beginn der Verhandlungen möchte ich einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des letzten Jahres geben. Ich bin den Grundgedanken, die mich seit Uebernahme meines Amtes leiteten, treu geblieben. In einem so parteipolitisch und weltanschaulich zersplitterten Volke ist es natürlich schwer, das Gut deutscher Bildung vor einseitiger Vergewaltigung zu schützen. Meine Politik mußte deshalb

nicht eine Politik des Kampfes, sondern der Versöhnung sein. Eine Gefahr für unsere Bildungshöhe ist mißverständliches soziales Mißverständnis. Die einflussreichen Parteien haben allerdings niemals den Versuch gemacht, Bildungsgleichheit und damit Niveauerhöhung herbeizuführen.

### Nicht Bildungsgleichheit, sondern gleiche Entwicklungsmöglichkeit für alle ist unsere Parole.

Unsere Kulturpolitik kann nur eine republikanische Politik sein. Der einzelne Bürger kann glauben, was er will, ein republikanischer Bildungsminister aber muß den republikanischen Staatsgedanken pflegen und fördern. (Zuruf links: Es wird auch die höchste Zeit!) Der Minister geht hierauf auf einzelne Fälle ein, in denen rechtseingestellte Professoren und Lehrer sich anti-

**Leopold Gadriel**  
Das Haus für große Weiten  
KÖNIG-STR. 22-26

Kombiniertes reißwollenes Kashakleid	Der Rock ist aus vorzüglichem reißwollenem Chromoline, welcher im Vorderteil mit einem überlegenen Gruppenreiß versehen ist. Der Jupon hat einen spitzen Ausschnitt u. ist mit einem Wollschürze geg. art. Dieses wirkende Kleid kostet in allen mod. Kashakfarben	21.-
Strickkostüme	von seltener Schönheit und Güte in ungeheurer vielen Strick- u. Wollarten, in vielen Farbstellungen	15.- und 20.-
Kleiderröcke	in ungeheurer Auswahl, aus verschiedenen reißwollenen reißwollenen mit dem modernen Nadelstich auf Gummirolle in allen Farben, auch schwarz und marine	15.-
Hocheleganter Kasha-Rock	mit einer 30 cm hoch u. 10 cm breiter, davor ist ringsherum ganz fein gestreift, auf Gummirolle letzte und allgerüste Neuheit für das Frühjahr, in vielen Farben	11.-
Hocheleganter Frauenmantel	aus prima reißwollenem seidenglanzenden Tuch. Der Mantel ist an den Seiten mit Bissen abgesteppt, hat dezente Treppengarnierung und Seidensulzer. Durch seine vornehme Schlichtheit erhält der Mantel eine ganz besondere Note. In den allergrößten Frauenweiten, schwarz u. farbig	39.-
Ueberschöpflich ist die Auswahl in Crèpe de Chine-Volle-Blusen	aus prima reißwollenem seidenglanzenden Tuch, welche zu ungeheurer billigen Preisen zum Verkauf gelangen. Es ist unmöglich alle die vorerwähnten Angebote aufzuzählen, die sich in meiner Blusen-Abteilung befinden u. a. Hochelien mit Handbestickung in den verschiedensten Modarten, in bester Qualität, in 12	6.-
Blüsende schöne Bulgaren-Blusen	aus prima Voll-Volle mit feinem farbigen Stickereien	9.-

Es ungewöhnlich billiger Spezial-Verkauf wundervoller

**Morgenröcke**  
mod. Art zu ungläublich billigen Preisen!

Serie I Blüsende schwarze	Morgenröcke	4.50
Serie II Entzückende	Morgenröcke	9.-
Serie III Hocheleg.	Seiden-Morgenröcke	59.-
Prüfungs- und Konfirmations-Kleider		15.-

in nur zweckentsprechend modernen Formen und in vorzüglicher Verarbeitung in Taft



republikanisch geäußert haben und spricht darüber seine schärfste Mißbilligung aus.

Die vielbesprochene Frage der Schulbücher soll jetzt gelöst werden. Dabei ist nicht zu vergessen, daß es sich um Tausende von Schulbüchern handelt, die nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgesehen werden müssen. Es wird dazu ein Ausschuß führen, der die Pädagogen berufen, der dabei dem Minister beratend zur Seite stehen soll.

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens ist besonders zu beklagen die starke Belastung der Landgemeinden, die fast gestiegen ist. Leider stehen nicht mehr wie früher für die Schulverbände Reservefonds zur Verfügung. Während 1913 jedes Volksschulkind dem Staate 64 M. kostete, sind 1926 166 M. pro Kopf aufzubringen. Die Lage der Schulverbände in Ostpreußen ist besonders besorglich. Leider ist hier jede Reichsunterstützung ausgeblieben. Im allgemeinen aber wird das Äußerste getan, um im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Lasten der Schulverbände zu mildern.

Besonderes Augenmerk ist zu richten auf die Entwicklung zum sozialen Volksstaat.

Meine Mitarbeiter sind mit mir der Auffassung, daß mit den Aufbauschulen und den pädagogischen Akademien außerordentliches geleistet ist. Dazu gehört auch die Begabtenprüfung, die ohne Reiseprüfung das Hochschulstudium zuläßt.

Neben diesen Organisationsfragen steht die Frage der Pädagogik, die ich im Zusammenhang mit der Beantwortung der Großen Anfrage der Volkspartei, weshalb ich nicht gegen eine sozialistische Schülerversammlung eingeschritten bin, die sich mit dem Kranz-Prozess beschäftigte, und der deutsch-nationalen Anfrage über die vielfachen Schülermorde und Selbstmorde, erörtern will.

Der Minister weist darauf hin, daß er formal gar nicht in der Lage gewesen sei, die Schülerversammlung zu verbieten. Durch das Provinzialschulkollegium seien aber die Schüler höherer Lehranstalten auf das Ungeeignete solcher Versammlungen hingewiesen, die nicht geeignet seien, solche Probleme zu vertiefen. Im übrigen habe die Diskussion bei den Jugendlichen auf einer Höhe gestanden, wie er sie jeder Versammlung unter Erwachsenen wünsche. In bezug auf die deutsch-nationalen Anfragen meint der Minister, daß die Deutschnationalen einen Einzelfall bedauerlicherweise verallgemeinern. Die Anfrage laufe darauf hinaus, der Schule die Schuld an solchen Vorkommnissen in die Schuhe zu schieben. Allerdings zwingt die Behandlung des Sexuallebens durch die

Schule zu einer Reform. Die Lehrerschaft müßte sich auch innerlich mit der Behandlung dieser Fragen vertraut machen. Gerade in dieser Zeit sei die Jugend von Gefahren bedroht, gegen die Elternhaus und Schule gemeinsam und vor allen Dingen die Jugend nur sich selbst helfen könnten.

### Abg. König-Ewinemünde (Soz.):

Die politische Lage in Deutschland wird beherrscht vom Scheitern des Schulkompromisses im Reich. Das fordert zu einem Vergleich heraus. Im Reich scheiterte das Gesetz am Bürgerblock, in Preußen wird unter der Weimarer Koalition in Kulturfragen weitestgehende Verständigung erzielt. Das Reich streift für die Junglehrer in diesem Jahre 3 Millionen, während Preußen im vorigen Jahr allein 11 Millionen für diese einsetzte. Das Reich hat bis jetzt nichts übrig gehabt für die Unterbringung der Flüchtlingslehrer, Preußen hat bisher allein für sie sorgen müssen; im Reich sind die Deutschnationalen für den Bürgerblock, in Preußen wenden sie sich gegen eine Politik im Sinne der Völkerverständigung; der Bürgerblock im Reich will 80 Millionen für einen Panzerkruziger ausgeben, in Preußen stehen keine Mittel zur Verfügung für Schulbauten, Krankenhäuser und Befestigung der Ost der Junglehrer. Im Reich drängt man die Republikaner aus den Ämtern heraus, während Preußen die Republik durch seine Politik stützt. Trotz der eben gehörten Ausführungen des Ministers bemerkt man von seiner republikanischen Politik nicht viel. Das zeigt die Berufung von Reaktionsären in leitende Stellen. Gegenüber den anti-republikanischen Ausschreitungen von Schulmännern erwarten wir schärferes Durchgreifen, als nur die vom Ministerium ausgesprochene scharfe Mißbilligung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Fundament der deutschen Republik ist die Arbeiterschaft. Deshalb hat das Ministerium die Pflicht, auch diesen Kreisen den allgemeinen Bildungsweg zu den Hochschulen zu ebnen.

Leider sind die dafür zur Verfügung gestellten Mittel viel zu gering. Das gilt auch für die Einrichtung der Landesbühnen, durch die den Rinderbittelten gute Kunst geboten wird. Leider ist auch die schöpferische Kraft des Berliner Malers Hans Baluschek vom Ministerium viel zu wenig beachtet worden. Man hätte längst Gelegenheit gehabt, diesem Rame einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Posten anzuvertrauen.

Wir erwarten, daß der Minister seine Worte in die Tat umsetzt und auch der Arbeiterschaft endlich mehr Entgegenkommen als bisher

zeigt. Das gilt sowohl für die Einrichtung von Sammel-schulen, als auch für die Berliner Lehreraademie, die ohne Rücksicht auf die Weltanschauungen kommen muß. Mit diesen Forderungen die unsere Ziele sind, werden wir in den Wahlkampf ziehen und auch den Sieg erringen! (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Frau Lehmann (Dnat.): Die Politik des Ministers ist eine Schaupolitik. Das trifft besonders zu auf die Haltung des Ministers zum Reichsschulgesetzentwurf, der nicht durch den Bürgerblock, sondern durch die preußischen Schwierigkeiten gescheitert ist. Statt Völkerverständigung zu treiben, muß in der Schule die Kriegsschuldfrage bekämpft werden. Der Minister hat nicht den Willen, aktive deutsche Kulturpolitik zu treiben.

Abg. Dr. Lauscher (Z.): Leider hat das Beispiel Preußens in seiner Haltung zum Reichsschulgesetzentwurf anleidend auf die anderen Länder gewirkt. Der Liberalismus hat seine kulturkämpferische Tendenz immer noch nicht aufgegeben (!). Das trifft auch auf die Lehrerbildung zu. Der Redner polemisiert zum Schluß gegen den mexikanischen Präsidenten Calles, der dem Kultusministerium ein Geschenk gemacht habe und dessen Katholikentum verabscheuungswürdig sei (!).

Abg. Dr. Schwarzhaupt (D. Sp.) wendet sich gegen den Abg. Dr. Lauscher, der den Liberalismus zu Unrecht für das Scheitern des Schulgesetzes verantwortlich macht.

Bedauerlich sei die Ablehnung einer staatlichen Unterstützung von 15 000 M. zur Erhaltung des Goethehauses in Frankfurt a. M.

Die Volkspartei sei gegen eine Herabwürdigung der Republik und ihrer Symbole, aber sie verlange die Aufrechterhaltung der politischen Meinungsfreiheit für die Beamten.

Kultusminister Dr. Becker: Für das Goethehaus in Frankfurt a. M. hat sich in erster Linie die Stadt Frankfurt einzusetzen.

Abg. Kerff (Komm): Die Kulturpolitik des Ministers kommt selbst mit der formalen Demokratie in Widerspruch. In ihrem Verhalten zum Reichsschulgesetz hat sich die Staatsregierung geradezu entlarvt.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) verteidigt gegenüber dem Abg. Dr. Lauscher die Simultanschule. Die republikanische Personalpolitik müsse mehr gefördert werden als bisher.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag, den 15. März, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Eingabenberichte, Keiners Vorlagen, Stellenplan, Fortsetzung der zweiten Beratung des Kultus-etats, Abstimmungen über die zum Handels- und Gewerbeetat und zum Etat des Staatsministeriums gestellten Anträge.

# Hotel Excelsior

Eigentümer: Curt Eschner Größtes Hotel des Kontinents 600 Zimmer - 750 Betten

Heute Donnerstag, dem 15. März 1928, mittags 12 Uhr wird der

## Excelsior-Tunnel

der erste Hotel-Tunnel der Welt in diesem Ausmaße

feierlich eröffnet und dem allgemeinen Verkehr übergeben

Eine neue Sehenswürdigkeit für Berlin!

In der Nachmittags von 4-7 Uhr / Abends ab 8 Uhr

**Hotel-Großes Monster-Fest-Konzert Halle: Eilm Schachmeister mit 20 Solisten**

**Im Wein- und Bier-Restaurant**

Hauskapelle - Verstärktes Orchester

**Fest-Diners und Soupers**

zu den üblichen Tagespreisen - ohne Aufschlag

Bekannte erstklassige Küche! • Küchendirektion: WALTER PAPE

# OSTERFAHRT

ins westliche

## Mittelmeer

mit

»MONTE SARMIENTO«

am 25. März ab Hamburg

nach Lissabon, Cadix, Sevilla, Algier,

Palma de Mallorca, Barcelona,

Nizza, Genua

Noch einige Plätze frei

Fahrtpreis von

RM. 220.- an

Interessenten wollen sich sofort wenden an  
**HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT**

GENERALVERTRETUNG BERLIN

Unter den Linden 6, im Hotel Bristol

### Beglaubigte Abschrift.

Geschäftsnummer: 29. J. 1492 2a. III 192-26.  
Strafliche gegen den Schriftleiter Dr. Karl Arnold in Essen, Füllstraße 48, geboren am 21. Mai 1873 zu Guterndorpen, Kreis Hammelburg, wegen Verleumdung durch die Presse.

1. Das ermittelte Schöffengericht in Essen hat am 25. Februar 1927 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verleumdung wegen §§ 185, 186, 200 StGB zu einer Gefängnisstrafe von 2 - zwei - Monaten teilweise verurteilt.

Dem Verurteilten, Landtagsabgeordneten Ruttner wird die Beweismittel gesprochen, den erkennenden Teil des Urteils binnen 6 Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils an ihn im freien Wort, der „Volksmacht“, Essen, und dem „Botenpost“, Berlin, auf Kosten des Angeklagten je einmal zu veröffentlichen.

2. Die III. große Strafkammer des Landgerichts in Essen hat am 19. September 1927 für Recht erkannt:

Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird auf Kosten der Staatskasse verworfen.

Auf die Berufung des Angeklagten wird das angeordnete Urteil hinsichtlich des Strafmaßes dahin abgeändert, daß der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 1 - einem - Monat verurteilt wird.

Das Urteilstatistik des angeforderten Urteils ausreicht. Die Kosten seiner Berufung trägt der Angeklagte.

3. Das Schöffengericht, 3. Strafkammer in Berlin, hat am 12. Januar 1923 für Recht erkannt:

Die Revisionen gegen das Urteil des Landgerichts in Essen vom 19. September 1927 werden verworfen; dem Angeklagten werden die Kosten seines Rechtsmittels auferlegt. Die Kosten des Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft hat die Preussische Staatskasse zu tragen.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformeln wird beglaubigt. Das Urteil ist rechtskräftig.

(L. S.) des Untergerichts  
Essen, den 11. Februar 1928.  
Die Richtigkeit der Abschrift bezeugt.  
Essen, den 21. Februar 1928.

(Siegel) Hermann Ranselietreiber.

### Das müssen Sie lesen!

Hochaktuell! Sensationell!

Das packt Sie und reißt Sie mit fort und bringt Ihnen bisher nicht gekannte Vorteile!

Spuk u. 2 zusammen RM. 1.-  
Bestellen Sie sofort, da beschränkte Auflage.

Spuk-Verlag, Leipzig 61,  
Plagwitz Straße 7a.

Postcheckkonto: Leipzig 607 61.

# 4 Frühjahrs Angebote



- Trench-Coat**  
der mod. Wettermantel f. Straße u. Sport m. Oeltucheinl. u. Plaidfutter **45.-**
- Vierteiliger Sportanzug**  
Cheviotcharakter, nach engl. Art gemustert, mit Knickerbocker od. Breeches und langer Hose **60.-**
- Sakkoanzug**  
brauner Cheviot mit dezentem Ueberkaro **45.-**
- Frühjahrsulster**  
aus wollenen mittel- und hellgrauen Shtlandstoffen m. Abseits **75.-**

Größte Auswahl  
Gute Qualitäten / Billige Preise

# BAER SOHN & CO

BERLIN N4, Chausseestr. 29/30. U-BAHN: Stettiner Bf.

### LJUERGENS ALEXANDER PLATZ



**Achtung! Ausnahmetage**  
in magrem Speck, fettem Speck, Mettwurst, Braunschweiger, Linsen, Magerer und fetter Speck bei 8 Pfund 1,05 Mk., Mettwurst 0,85 Mk., Braunschweiger 1,00 Mk., Linsen 0,60 Mk.  
**Borsigstr. 18, Badcspecht**

### NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten mit Doppelschrauben-Dampfern für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach

# CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt  
Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin, G. m. b. H., Unter den Linden 1 (Hotel Adlon), Fernspr.: Zentr. 122 30 u. 122 31.  
F. Montanus, Generalvertretung d. Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 43 (zwischen Lehnert u. Stettiner Bahnhof), Fernsprecher Norden 12 241 und 7916  
Weltreisebureau „Union“, Unter den Linden 22  
Pöddam: E. Rössler, Brandenburger Straße 31.